

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Allee 35/37, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Beilagezeitung Nr. 4069 a. 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfennige, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfennige, auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 15

Sonnabend, den 18. Januar 1896.

3. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

## Wahlkreiseinteilung und Wahlrecht.

Im Reichstage ist der Antrag auf Vermehrung der Wahlkreise wieder eingebracht worden, und zwar diesmal von den Freisinnigen unter der Führung von Eugen Richter.

Es heißt im Artikel 20 der Reichsverfassung, der das Wahlgesetz für den Norddeutschen Bund ergänzte: „Wie zu der gesetzlichen Regelung, welche im § 5 des Wahlgesetzes vom 31. Mai 1869 vorgesehen ist, werden in Bayern 48, in Württemberg 17, in Baden 14, in Hessen südlich des Mains 6 Abgeordnete gewählt und beträgt demnach die Gesamtzahl der Abgeordneten 382.“

Zu diesen 382 Abgeordneten kamen 1874 noch die Elsaß-Lothringer, wodurch sich die Zahl auf 397 erhöhte. Eine weitere „gesetzliche Regelung“ ist aber nicht erfolgt, wie es denn zu den Gepflogenheiten der Bismarckschen Politik gehörte, unbequeme Fragen mit dem Vorbehalt späterer gesetzlicher Regelung zu umgehen und diesen Vorbehalt später zu ignorieren. Wo keine Zeit für die Regelung angesetzt war, konnte man sich auf diese Form berufen und es fand diese Politik und Diplomatie viel Bewunderung bei den Nationalliberalen; man denke nur an den bekannten Artikel V des Prager Friedens von 1866, betreffend die Neuordnung der Verhältnisse in Nordschleswig!

Das Wachstum der Bevölkerung hat nunmehr in Bezug auf die Zahl der Wahlkreise ein außerordentliches Mißverhältnis hervorgebracht. Deutschland hat rund 50 Millionen Einwohner und der Reichstag müßte sonach, wenn ein Abgeordneter auf 100 000 Köpfe kommen soll, aus 500, statt aus nur 397 Abgeordneten bestehen. An einzelnen Orten tritt das Unzureichende der gegenwärtigen Wahlkreiseinteilung ganz besonders auffallend hervor. Die Stadt Berlin müßte nach den ursprünglichen Bestimmungen 17 Abgeordnete haben, wenn ihre Bevölkerungszahl berücksichtigt werden sollte; sie hat aber bekanntlich nur 6 Vertreter. Hamburg müßte statt drei Vertretern deren 6 haben, München statt 2 deren 4 u. s. w.

Die Anträge, welche eine Vermehrung der Wahlkreise bezweckten, sind stets abgelehnt worden, und zwar unter Angabe von „Gründen“, die wir für zu unbedeutend halten, um sie hier anzuführen.

Die Bismarcksche Regierung scheint die entschiedenste Gegnerin einer Vermehrung der Wahlkreise gewesen zu sein. Der Plan zu dem neuen Reichstagsgebäude wurde unter der Regierung des Fürsten Bismarck entworfen und damals schien man schon mit einer Zeit zu rechnen, in der das allgemeine Wahlrecht nicht mehr bestehen würde. Der Sitzungsaal im alten Reichstagsgebäude war nämlich für 397 Abgeordnete schon etwas klein; die Abgeordneten saßen so enge zusammen wie Schüler auf den Schulbänken. Bei dem Bau des neuen Reichstagshauses hätte man diesen Fehler leicht verbessern können. Aber es geschah nicht; der Saal im neuen Gebäude ist nicht größer wie im alten und 500 Abgeordnete können darin nicht untergebracht werden. Auch hat das Schreibzimmer für 397 Mann nur 16 Plätze! Das letztere Uebel kann allerdings durch den Baumeister verschuldet sein; aber diese Dinge müssen die Auffassung hervorrufen, als habe man bei der Errichtung des neuen Reichstagsgebäudes an einen Reichstag gedacht, der weniger Mitglieder zählt, als der heutige.

Wenn man sich fragt, welche Gründe vorhanden sein mögen dafür, daß man so peinlich an der bisherigen Wahlkreiseinteilung festhält, so werden sie in erster Linie darin zu suchen sein, daß man die bisherige „Geometrie“ der Wahlkreise nicht aufgeben will. Diese ist so beschaffen, daß die Städte, in denen gewöhnlich die Sozialdemokratie oder andere Oppositionsparteien die Oberhand haben, häufig lahmgelegt sind durch eine starke Zugabe von ländlichem Gebiet, wo meistens reaktionär gewählt wird. Es gibt Städte, die mehr als 100 000 Einwohner haben und sich doch diesen Zuwachs gefallen lassen müssen. Die Sozialdemokratie würde durch die Vermehrung der Wahlkreise auch eine ansehnliche Vermehrung ihrer Abgeordneten erfahren und das mag auch ein Hauptgrund sein, warum die Anträge auf Vermehrung immer abgewiesen werden. Die Urheber des freisinnigen Antrages hoffen offenbar, durch die Neueinteilung der Wahlkreise speziell in Berlin dem dort arg zurückgebrachten

„Freisinn“ wieder Raum zu gewinnen, eine Hoffnung, die sich als chimärisch erweisen dürfte.

Allerdings wäre man bei einer Neueinteilung vor der „Wahlkreisgeometrie“ auch nicht sicher. Das Wahlsystem für den Reichstag bedarf überhaupt auch in sehr vielen Punkten der Verbesserung; das Wahlgeheimnis muß besser geschützt werden.

Die Regierung aber verhält sich in diesen Dingen sehr zugeknöpft und thut, als nähme sie gar keine Notiz von den Beschlüssen des Reichstages, die zu diesem Zwecke gefaßt worden sind.

Die Konservativen bekennen sich als die entschiedenen Gegner des allgemeinen Stimmrechts. Sie haben von dessen gewaltsamer Abschaffung gesprochen; einzelne fordern, wie die sächsischen Reaktionen, daß das Wahlrecht jedem entzogen werden soll, der sich offen zur Sozialdemokratie bekennt; unter der Maske der Bekämpfung des „Umsturzes“ will man das allgemeine Wahlrecht umstürzen. Es wird sich zeigen, welche Strömung stärker ist, die, welche das Wahlrecht erhalten lassen, oder die die es umstürzen will.

Die Feinde des allgemeinen Wahlrechts behaupten immer, das Volk sei „nicht reif“ für dasselbe. Die Wahrheit ist, daß ihnen das Volk nur allzureif erscheint. Weil es nicht lauter Junker, Pfaffen und Bourgeois wählen will, heißt es, mit dem Wahlrecht werde „Mißbrauch“ getrieben.

Man täuscht sich dabei in einem sehr wesentlichen Punkte, denn man glaubt immer noch, die Masse des Volkes wisse die Bedeutung des allgemeinen Wahlrechts nicht zu würdigen. Aber die Deutschen haben nicht über ein Vierteljahrhundert das Wahlrecht gehabt, ohne dabei etwas zu lernen. Als Bismarck das allgemeine Wahlrecht einführte, dachte er vielleicht daran, es später wieder einzuschränken. Allein er mußte einsehen, daß das nicht so leicht ist. Ein Volk von fünfzig Millionen ist kein Spielzeug, das man nach Belieben mit politischen Rechten ausstatten und derselben wieder entäußern kann. Darum wird das deutsche Volk in seiner ungeheuren Mehrheit sich sympathisch zu den Bestrebungen stellen, die das Wahlrecht kräftigen und erweitern wollen. Die Konservativen untergraben sich selber den Boden, indem sie das Volk seines wichtigsten Rechtes berauben wollen.

Wohin sie damit zielen, ist klar. Sie wollen die Volksvertretung ausschließlich in die Hände der herrschenden Klassen bringen und die bürgerliche Opposition glauben sie dann leicht auf die Seite schieben zu können. Dann wird die agrarische Politik — glauben sie — freie Bahn haben; dann kann die Vertheuerung der Lebensmittel von neuem beginnen. Sie wollen dann die Erträge der „nationalen Arbeit“ mit vollen Scheffeln abschöpfen; sie theilen sich mit der Bourgeoisie in den Gewinn und streiten sich nur darüber, wer den größeren Antheil erhalten soll. Dieser Streit kann allerdings manchmal sehr ernst werden.

Die Deutschen werden es nicht mehr glauben wollen, daß das Schicksal bestimmt habe, ihre Heimats müßte ein Paradies für die Junker und Bourgeois, dagegen eine Hölle für das Proletariat sein. Das Mittelalter ist vorüber; die arbeitende Klasse will sich Brod und Freiheit erkämpfen und wird nicht rasten und ruhen, bis sie soweit ist.

Mögen die Bestrebungen auf Erweiterung und Befestigung des Wahlrechts zum Ziele kommen, oder mag man es uns zeitweilig entreißen — die Arbeiterbewegung geht ihren gewiesenen Weg und das deutsche Proletariat wird sich die politische Macht erringen.

## Politische Mundschau.

Deutschland.

Mit der rechtlichen Stellung der Vereine soll sich auch die geplante Novelle zur Zivilprozessordnung befassen. In den „Berl. Pol. Nachr.“ findet sich darüber folgende anscheinend offiziöse Auslassung:

„Die Rechtsprechung, insbesondere in den Gebieten des gemeinen und des preussischen Rechts, geht überwiegend dahin, Vereine von nicht geschlossener Mitgliederzahl mit korporativer Verfassung, die Rechtsfähigkeiten nicht besitzen, gleichwohl nach verschiedenen Richtungen eine gewisse Selbstständigkeit zuzuerkennen, insbesondere in Bezug auf das Verhältnis der Mitglieder zum Vereinsvermögen sowie auf die Parteifähigkeit des Vereins im Prozesse. Obwohl der Entwurf zum Bürger-

lichen Gesetzbuch durch seine Vorschriften über eingetragene Vereine die Schwierigkeiten, die nach dem geltenden Rechte dem Erwerb der Rechtsfähigkeit entgegenstehen, im Allgemeinen beseitigt, so werden doch, wie insbesondere die Erfahrungen in Bayern und Sachsen gezeigt haben, auch in Zukunft vielfach korporativ angelegte und nach dem öffentlichen Vereinsrechte erlaubte Vereine im Verkehr auftreten, ohne die Rechtsfähigkeit zu besitzen. Es ist nicht zu verkennen, daß für derartige Vereine mit wechselndem Mitgliederbestande die Rechtsform der Gesellschaft an sich nicht die geeignete ist. Wenn der Entwurf zum bürgerlichen Gesetzbuch jedoch es abgelehnt hat, jeden Verein der bezeichneten Art ohne Weiteres als rechtsfähig anzuerkennen und den Erwerb der Rechtsfähigkeit im öffentlichen Interesse an bestimmte Voraussetzungen knüpft, so würde er den Zweck dieser Regelung zu einem erheblichen Theile dadurch wieder vereiteln, daß man Vereinen, die diesen Voraussetzungen nicht genügen wollen oder können, trotzdem eine den rechtsfähigen Vereinen in den wichtigsten Beziehungen gleichartige Rechtsstellung gewährte. Das praktische Bedürfnis erfordert allerdings eine gewisse Erleichterung der Rechtsverfolgung gegen nicht rechtsfähige Vereine. Zu diesem Zwecke ist in Aussicht genommen, in der Zivilprozessordnung zu bestimmen, daß Vereine die nicht rechtsfähig sind, verklagt werden können, wie wenn sie rechtsfähig wären, und daß zur Zwangsvollstreckung in das Vermögen eines nicht rechtsfähigen Vereins ein gegen den Verein erlassenes Urtheil genügt. Abgesehen hiervon aber wird es für die rechtliche Beurtheilung der nicht rechtsfähigen Vereine dabei kunden, daß auf sie die Vorschriften über die Gesellschaft Anwendung finden.“

Diese Auslassung ist ein bezeichnender Beitrag zu der Art moderner Gesetzmacherei in Deutschland. Da ist man im Begriff, ein bürgerliches Gesetzbuch zu schaffen, was auch diese Fragen erschöpfend mit regeln müßte. Aber im Interesse der reaktionären Gewalten, um diesen in der Drangsalung unbehaglicher Vereine weiter möglichst freie Hand zu lassen, soll den Vereinen die Rechtsfähigkeit nur unter erschwerenden Umständen gewährt werden. Um aber dann trotzdem eine Handhabe zum prozeßmäßigen Vorgehen gegen nicht „rechtsfähige“ Vereine zu erlangen, schiebt man eine solche Bestimmung in die Zivilprozessordnung hinein. Die nicht „rechtsfähigen“ Vereine sollen zwar verklagt werden können, um außerhalb derselben stehenden Personen zu ihrem Recht zu verhelfen, aber die Vereine als solche können nicht selbst klagen können. Die Ungerechtigkeit, die durch die Verweigerung der Rechtsfähigkeit an den Vereinen verübt wird, tritt dadurch nur um so schärfer hervor.

5000 „Ehrenmitglieder“ der konservativen Partei werden gesucht. „Ehrenmitglied“ des Wahlvereins der Deutschkonservativen kann man durch einen festen Jahresbeitrag von 10 Mark werden. Der Vorstand des Wahlvereins der Deutschkonservativen versendet zu diesem Zweck überall hin gedruckte Aufforderungen, von denen auch viele an Mitglieder anderer Parteien, namentlich an Nationalliberale gelangen. Die Mittel sollen verwandt werden für die Haltung eines Bureaus, die Erhaltung der „Kons. Corr.“ und zu Beihilfen zu Wahl- und Präparanden. Der Wahlverein will auf diese Weise nach dem veränderten Prospekt 5000 Ehrenmitglieder gewinnen und damit eine Summe von 50 000 Mk. jährlich aufbringen. In dem Circular wird geklagt, daß leider „in den Kreisen der Konservativen selbst das volle Verständnis fehlt für das Bedürfnis der vorbezeichneten Einrichtungen, ohne die eine gesicherte, selbstständige politische Thätigkeit und dauernde Erfolge der Partei unmöglich sind.“

Ein geistlicher Protest. Der Pfarrverein in Mansfeld hat folgende Erklärung erlassen:

„Da in dem bekannten Artikel der „Kons. Korresp.“ auch ein Mitglied unseres Vereins, Pastor Köhlsche-Sangerhausen mit Namen genannt worden ist, so haben wir Veranlassung gehabt, zu jener Erklärung Stellung zu nehmen. Wir enthalten uns des Urtheils, sowohl über die christlich-sozialen Anschauungen des Bruders K., als auch über einzelne seiner Äußerungen und beabsichtigen auch nicht, seine Sache in allen Stücken zu verurtheilen zu machen. Umso mehr bedauern wir, in den Ausführungen jenes Artikels einen betrübenden Mangel an Verständnis für die Arbeit und die Stellung ewan-

geltlicher Pfarrer konstatieren zu müssen. Als evangelische Geistliche dienen wir dem Reiche Gottes und nicht einer politischen Partei. Für die Wege, die wir einschlagen, um den der Kirche entfremdeten Massen das Evangelium wieder nahe zu bringen, sind wir unserm Herrn Christus, unserm Gewissen und unsern kirchlichen Behörden verantwortlich; wir unterstehen dabei aber nicht der Kontrolle von Führern einer Partei, auch nicht der konservativen. In der Art, wie evangelischen Geistlichen Rathschläge und Verhaltensmaßregeln gegeben werden, in dem Wink an die Kirchenbehörden, die mißliebigen Geistlichen zur Verantwortung zu ziehen, sehen wir daher den Versuch, über die Thätigkeit der Geistlichen eine Bevormundung auszuüben, die wir als unberechtigt zurückweisen. Der Pfarrerstand ist längst mündig geworden und kann nicht dulden, daß ihm nach den jeweiligen Bedürfnissen einer politischen Partei die Grenzen seiner Wirksamkeit abgesteckt werden. In diesem Sinne schließen wir uns den Brüdern an, die an andern Orten gegen den Artikel der „Kons. Korresp.“ protestirt haben.“

Stolze Worte! Aber es kommt manchmal anders! sagt die „Volksztg.“

Beim Beginn der Schwurgerichtsperiode am Landgericht in Halle a. S. hat letzten Montag der Vorsitzende des Schwurgerichts, Landgerichtsrath Lebenheim, eine Ansprache an die Geschworenen gehalten, die in weiteren Kreisen bekannt zu werden verdient. Nach dem Bericht der „Saale-Zeitung“ war der Inhalt der Ansprache folgender:

„Die Geschworenen werden darauf hingewiesen, daß sie bei Ausübung ihres Amtes ganz wie der Berufsrichter mit voller Unparteilichkeit ihrer Pflicht der Rechtsprechung zu walten und sich nicht etwa von einer Voreingenommenheit vielleicht aus politischen Rücksichten leiten zu lassen hätten, daß z. B., wenn der Angeklagte der sozialdemokratischen Partei angehört, dies bei Beurtheilung seiner That durchaus außer Betracht zu bleiben habe und nicht etwa aus jenem Umstande ein Motiv hergeleitet werden dürfe, des Angeklagten Handlungsweise aus anderen als den geltenden rechtlichen Gesichtspunkten zu beurtheilen oder ihn von vornherein als der fraglichen That verdächtig anzusehen. Es würde unrichtig sein, wenn man den Standpunkt einnehmen wolle, gegen Anhänger der sozialdemokratischen Partei in gewissen Fällen ein Vorurtheil zu lassen lediglich aus dem Grunde dieser ihrer politischen Richtung, wie es auch ebenso unrichtig sei, sittlich bescholtenen Personen als Angeklagte ohne weiteres schon wegen des Umstandes der sittlichen Bescholtenheit eine besondere Qualifikation zu einer strafbaren Handlung zuzutrauen. Nach neueren Erfahrungen habe es sich gezeigt, daß es notwendig erscheine, auf jenen Punkt hinzuweisen.“

Leider ist es wirklich notwendig, daran zu erinnern, daß ohne Voreingenommenheit Recht gesprochen werden muß. Hoffentlich weckt das Beispiel des Hallenser Schwurgerichtsvorsitzenden Nachahmung.

Majestätsbeleidigungen im preussischen Abgeordnetenhaus. Von zuverlässiger Seite wird der „Volksztg.“ mitgetheilt, daß der Bureau-Direktor Kleinschmidt vorgerufen einen Beamten auf die Journalistentribüne des Abgeordnetenhauses sandte, der feststellen sollte, welche Journalisten bei dem unten im Hause ausgebrachten Hoch auf den Kaiser und König sitzen geblieben seien.

Ein konservativer Remand — es ist nicht gesagt, ob er im Hause oder auf der Zuschauertribüne gesessen habe — wollte bemerkt haben, daß zwei Journalisten nicht aufgestanden seien. Der Beamte traf nur noch einen Redakteur an, einen konservativ-nationalliberalen Herrn. Der meinte, es sei wohl möglich, daß er nicht aufgestanden sei, und begab sich zu Geh.-Rath Kleinschmidt und setzte ihm die Verhältnisse auseinander, unter denen der Tribünen-Journalist zu arbeiten hat. Kleinschmidt soll darauf erwidert haben, das etwa klang wie: „Ich werde ein gutes Wort für sie einlegen!“ oder: „Ich werde mich Ihrer annehmen.“

Die sächsische „Ordnungspolitik“ zeigte sich am Montag im sächsischen Landtage einmal wieder in ihrem ganzen Glanze. Die Sozialdemokraten haben im Landtage einen Antrag eingebracht auf Aufhebung des Schulgeldes und Wegfall der bisherigen Schulumlagen der sich natürlich im Lande großer Sympathien erfreut und den Konservativen Angst vor dem Verlust ihrer Gefolgschaft, namentlich auf den Dörfern, verursacht. Um nun diesen Sympathien entgegenzutreten und den Sozialdemokraten den Wind aus den Segeln zu nehmen, hatte Herr Rehnert mit noch 37 seiner konservativen Mannen am Montag schleunigst einen Antrag eingebracht, die Alterszulagen für die Volksschullehrer künftig auf die Staatskasse zu übernehmen, und der Herr Schwiegerpapa-Präsident hatte nichts Eiligeres zu thun, als diesen Antrag in Verbindung mit einem Theil des Kultusetats und den sozialistischen Antrag schleunigst auf die nächste Tagesordnung zu setzen. Da die ordnungsgemäße Frist für den Rehnert'schen Antrag nicht innegehalten war und die Sozialdemokraten auch hinter der Zusammenkuppelung ihres Antrages mit dem so urplötzlich aufgetauchten Antrag Rehnert eine Ueberrumpelung und sonstigen Unrath witterten, erhoben sie Widerspruch, und nun setzte zur Strafe dafür der Herr Schwiegerpapa-Präsident unter dem Beifall der Konservativen auch den sozialistischen Antrag von der Tagesordnung ab. So wird im sächsischen Landtage Politik gemacht!

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. In Danzig kam 21. Juni v. J. der Tapezier Karl Schiller in ein Restaurant, als man sich dort gerade über den Werth dreier Gipsbüsten, von denen eine die Kaiserin darstellen sollte, unterhielt. Er wurde gefragt, was wohl diese Büste werth sei. Schiller schätzte sie auf eine Mark, er motivirte darauf seine Schätzung und durch diese Motivirung soll er sich einer Beleidigung der Kaiserin schuldig gemacht haben. Der Angeklagte bestritt entschieden, daß er mit seinen Bemerkungen die Kaiserin gemeint habe, er habe nur den geringen künstlerischen Werth der Büste

gemeint. Die Büste befand sich im Gerichtssaal und die Strafkammerrichter überzeugten sich, daß dieselbe weder auf Nützlichkeit, noch auf künstlerische Schönheit Anspruch machen könne. Der Gerichtshof glaubte dem Angeklagten, daß seine Aeußerungen sich nur auf die Büste bezogen hätten und sprach ihn frei.

In Bromberg verurtheilte die Strafkammer des Landgerichts den Eigentümer Florian Kopicki aus Schwedenhöhe wegen Majestätsbeleidigung zu 3 Monaten Gefängniß.

Aus Leipzig wird geschrieben: Der Maschinenmeister der sozialdemokratischen „Neuen Wurzener Zeitung“, Otto Weichelt, zeichnete im September v. J. als verantwortlicher Redakteur jenes Blattes. Wegen eines in der Nr. 106 erschienenen Artikels „Was ist eine Rotte?“ und eines weiteren Artikels in derselben Nummer, die er beide nicht verfaßt hat, wurde er unter Anklage gestellt. Das Landgericht Leipzig fand darin eine Beleidigung des Kaisers und verurtheilte Weichelt am 24. Oktbr. v. J. zu 6 Monaten Gefängniß. Seine Revision gegen dieses Urtheil wurde heute vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.

Dasselbe Schicksal hatte die Revision des Redakteurs Friedrich Rauch von dem sozialdemokratischen Blatte „Volkswille“ in Hannover, der gleichfalls wegen Beleidigung des Kaisers durch einen Artikel über dessen September-Rede zu 4 Monaten Gefängniß verurtheilt worden ist.

Von der Staatsanwaltschaft in Hannover ist dem hiesigen Journalisten Heinrich Guttman gestern die Mittheilung zugegangen, daß das gegen ihn schwebende Verfahren wegen einer Majestätsbeleidigung wieder zurückgezogen worden ist.

### Frankreich.

Die sozialistische Fraktion der französischen Deputirtenkammer hat noch kurz vor Beginn der Session Verstärkung erhalten.

In Perpignan (Ost-Pyrenäen) drang der sozialistische Generalrath Bourrat mit 4181 Stimmen gegen den radikalen Foubès, der nur 2250 Stimmen auf sich vereinigte, durch. Die Sozialisten haben hier einen bemerkenswerthen Sieg errungen, da der gewählte Abgeordnete bereits im Jahre 1893 gegen den radikalen Abgeordneten Grouffe, der inzwischen seine Entlassung genommen hat, kandidirt hatte, von diesem aber mit 700 Stimmen geschlagen worden war.

### Afrika.

Aus der südafrikanischen Republik. Zwei Erlasse hat der Präsident Krüger am 9. dieses Monats veröffentlicht.

In dem einen fordert die Regierung die Bürger Johannesburgs auf, bis zum 10. Januar 6 Uhr Nachmittags, als dem zweiten und letzten Termine, die Waffen niederzulegen. Allen denjenigen, die der Proklamation Folge leisten, wird eine Amnestie zu Theil werden, mit Ausnahme der Räubersführer, Aufwiegler oder Anstifter der Wirren, die vor den zuständigen Behörden der Republik sich noch zu verantworten haben werden.

In dem zweiten Erlasse sagt Krüger „Gott seinen unaussprechlichen Dank dafür, daß durch die Kühnheit und Tapferkeit der Buren der verächtliche und verächtliche Einfall in die Republik siegreich zurückgeschlagen und daß die Unabhängigkeit der Republik gerettet worden ist.“ Die Regierung wolle nicht die Gesamtheit der Einwohner Johannesburgs für die Thaten einer kleinen Zahl von Verräthern, die die Erregung in Johannesburg künstlich hervorgerufen haben, verantwortlich machen. Die Regierung sei überzeugt, das viele von den Einwohnern Johannesburgs, die die Waffen ergriffen, nur Bethörte sind. Sie fordere jedoch das Volk auf, sich um die Regierung zu schaaren, damit diese der nächsten Volksvertretung Maßregeln vorlegen könne, durch die der schon früher geplante Ausbau der politischen Rechte vollendet werden könne. Danach würde die Wahlreform verwirklicht werden.

Der Präsident der Transvaal-Union, Leonard, ist gleich den Mitgliedern des Reformkomitees im Randdistrikt Solly, Joel und Bettelheim, unter der Beschuldigung des Hochverraths gegen Transvaal verhaftet worden.

## Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, 16. Januar.

Aus dem Reichstage. Das war eine bewegte, ja stürmische Sitzung heute! Der Antrag Ranitz, über den zum dritten Mal im Reichstage verhandelt werden sollte, hat Schaaren von Junkern nach Berlin geführt. Auf den Bänken der Rechten sah man kaum ein leeres Plätzchen; ganz unbekannte Gesichter, die man noch nie im Reichstage gesehen hat, tauchten unter und im Foyer auf. Aber auch die anderen Parteien waren stark vertreten, nur am Ministerisch sah es merkwürdig leer aus. Fürst Hohenlohe fehlte, der Landwirtschaftsminister Herr v. Hammerstein-Loxten und die beiden von der Agrariern am bittersten gehaßten Staatssekretäre, Herr v. Böttcher und Freiherr v. Marschall waren allein da. Die Tribünen waren dicht gefüllt, zwar nicht von den Männern mit den nagelbeschlagenen Schuhen, wohl aber von vielen Landjunkern, die mit ihren Frauen die große Aktion miterleben wollten. Und diese Aktion verlief recht dramatisch. Dafür sorgte die Rechte, die sich mit großem Eifer bemühte, dem Reichstage minutenlang das Gepräge der

berückichtigten Livoliversammlung zu geben. Keine Spur von vornehmer Zurückhaltung lag über diesen Grafen und Baronen; der Geist des Herrn Ruprecht aus Ransern schien sie alle zu befehlen. Das zeigte sich schon in der Art, wie sie die einleitende Rede ihres Vorkämpfers, des Grafen Ranitz, aufnahmen. Das war ein Bravorufen, eine Begeisterung, als hätten sie Anlaß, einem Führer zuzujubeln, der einen großen Sieg errungen hat. In Wirklichkeit stand ihnen allerdings kein parlamentarischer Erfolg, sondern eine empfindliche Niederlage in Aussicht, und der geschickt inszenirte Beifallssturm soll die Niederlage nur nach außen maskiren. Sachlich bot die Rede des Grafen Ranitz nichts Neues; es waren die alten, in Zeitungen, Broschüren, Plenarsitzungen und Kommissionsverhandlungen bis zum Ueberdruß erörterten Scheingründe, mit denen er die Brotvertheuerung zu Gunsten bankrotter Grundbesitzer, wie sie sein Antrag herbeiführen würde, zu rechtfertigen suchte. Nach dem Grafen Ranitz nahm sofort der Staatssekretär Marschall von Bieberstein das Wort. Seine einstündige Rede war eine ausgezeichnete Leistung. Punkt um Punkt wiederlegte er treffend und elegant die Behauptungen der Kanikerei. Wie seine Hiebe saßen, darüber quittirten die Junker durch das wahre Buthgeheul, das sie anstimmten. Herr von Marschall ließ sich nicht aus der Ruhe bringen. Er trotzte dem Sturm, der ihn von der Rechten her umbrauste, mit sicherer Gelassenheit und nahm von der Linken den lebhaftesten Beifall an, den seine Geschicklichkeit verdiente. So fern wir uns in allen politischen Grundanschauungen von dem Staatssekretär entfernen, können wir doch nicht umhin, sein Talent anzuerkennen, für welches er heute eindrucksvollen Beweis erbrachte. Als Herr von Marschall endete, machte sich der agrarische Fanatismus Luft in einem minutenlang dauernden, dreimal einsehenden Rischen, das von der Linken und vom Zentrum mit ebenso demonstrativem Beifall erwidert wurde. Graf Galen war auch in diesem Jahre der Wortführer des Zentrums und auch diesmal war seine Rede so unbedeutend, daß man sich erstaunt fragen mußte, weshalb denn das Zentrum, das doch gewiß bessere Köpfe hat, grade ihn verschicken mußte. Des Räthels Lösung liegt wohl darin, daß Graf Galen ein sehr reicher Großgrundbesitzer ist und die Ultramontanen seinen Worten deshalb besonderen Einfluß auf ihre ländlichen Anhänger zutrauen. Das Zentrum steht, das konnte Graf Galen verkünden, dem Antrage Ranitz wie ein Mann geschlossen gegenüber. Man weiß, daß es mit dieser Einigkeit lange Zeit recht sehr gehapert hat, und wenn die agrarische Strömung im Zentrum nun auch in der parlamentarischen Fraktion zurückgedrängt ist, so ist sie damit noch lange nicht überwunden. — Nach diesen ersten drei Reden machte sich im Hause ein gewisses Gefühl der Ermüdung geltend. Diesem Gefühl kam der nächste Redner, Graf Schwerin, in verständiger Weise entgegen. Er sprach so einschläfernd und langweilig, daß nur die rabiatesten Agrarier zuhörten. Ihnen bereitete er die Freude, den statistischen Nachweis zu erbringen, daß der Antrag Ranitz auch im Interesse der Konsumenten liege, da der Brotpreis durch das Staatsmonopol des Getreidehandels nicht erhöht werden würde. Außer diesem Zahlenkunststückchen gab der Redner nichts Besonderes zum Besten. Die Debatte wäre ausschließlich heute zwischen Grafen und Baronen geführt worden, wenn nicht Herr Rickert zum Wort gekommen wäre. Eine Leuchte des Bürgerthums ist der Vertreter Danzigs nie gewesen, in den letzten Jahren aber hat er große Aussicht darauf bekommen, die lustige Person im Hause zu werden. Es nimmt ihn Niemand mehr recht Ernst mit seiner uferlosen Geschwätzigkeit. Auch heute amüßte er Freund und Feind weiblich mit seiner Rede, die sich fast zu einem Dialog zwischen ihm und Herrn v. Bötz gefaltete. Er vermochte die unartigen Zwischenbemerkungen nicht immer gebührend abzuwehren. Liebenswürdiger, als die Rechte bei Herrn Rickert benahm sich die Linke bei der nun folgenden Rede des Grafen Bismarck. Sie störte den „genialen“ Sohn des Alten nicht, als er mit vielen Aeh's und Ach's seine Sprüchelein herunterstotterte. Es war offenbar Friedrichsruher Produkt. Graf Bismarck fand sich nicht auf den Antrag Ranitz, den er als Nothbehelf bezeichnete und plädirte im Uebrigen für ein Bündniß zwischen den Schlotbaronen und Junkern, wie es 1878 den großen Fißchzug der Bismarck'schen Schutzpolitik ermöglichte. Es war unvorsichtig von ihm, an demselben Tage wie Herr v. Marschall zu sprechen. Der Unterschied in der Begabung zwischen dem alten und dem jetzigen Staatssekretär des Aeußeren trat zu grell hervor. — Nachdem noch der Welfe Graf Bernstorff gegen den Antrag Ranitz sich erklärt hatte, wurde die Fortsetzung der Debatte auf morgen vertagt. Von unserer Seite spricht Herbert.

17. Sitzung.

Präsident von Buol eröffnet die Sitzung um 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: v. Marschall, v. Hammerstein-Loxten, v. Böttcher.

Zur Verhandlung steht der Antrag Ranitz auf Verstaatlichung des Getreidehandels.

Herr Graf Ranitz (Pobangen) begründet den Antrag, um dessen Annahme er nun schon zum dritten Male bitte. Die Regierung habe den Antrag bekämpft, innerlich aber nichts sehnlicher gewünscht, als daß die Getreidepreise von selbst steigen möchten. Zwei Minister hätten ihm versichert, daß eine Steigerung der Getreidepreise eintreten würde, er habe allen diesen Versicherungen skeptisch gegenübergestanden und Recht behalten. Die Getreidepreise hätten einen auf die Dauer unmöglichen Tiefstand gehalten, auf dem deutschen Markt durch die übermäßige Einfuhr ausländischen Getreides. Das wichtigste Produkt der deutschen Landwirtschaft könne nur mit Verlust hergestellt werden. Dieser Zustand könne wohl eine Weile fortauern, muß aber früher oder später zum Ruin der Landwirtschaft führen. Sollte nun die Landwirtschaft zu Grunde gehen? Die übergroße Mehrheit der Bevölkerung stehe einmüthig zusammen in dem Verlangen, die Landwirtschaft nicht zu Grunde gehen zu

lassen. Die Nothlage der Landwirtschaft werde selbst in den Verträgen der meisten Handelskammern zugefunden. Der Antrag sei diesmal in etwas veränderter Form eingebracht worden, aber der Tenor des Antrages sei kein Eintrag geblieben. Durch einen Zufall ist die Frage aufgeworfen, ob es möglich sei, eine Preisgrenze zu finden, die den berechtigten Forderungen der Landwirtschaft gleichermaßen wie denen der Konsumenten Rechnung trägt. Ist es nicht möglich, dann gäbe man den Getreidebau auf, ich glaube aber, es ist noch möglich, denn es ist klar, die Differenz zwischen Getreide und Brotpreisen ist eine sehr große und der Brotpreis ist lange nicht so tief gefallen wie der Getreidepreis. Das Wesentlichste der Brotpreiserhöhung ist in unserem Antrag nicht begründet. Unser Antrag ist in Widerspruch mit den Handelsverträgen gebracht worden. Er widerspricht jedenfalls dem Wortlaut der Handelsverträge nicht, auch gegen die Vertragsstrenge läuft der Antrag nicht Sturm. Die Einfuhr aus Oesterreich hat abgenommen, die Einfuhr aus Argentinien aber immer zugenommen. Ich glaube, die Vertragsstaaten würden sich auf die Verhandlungen mit der Regierung einlassen. Der rheinische Bauernbund hat schon das Monopol für Getreide vorgeschlagen; ich möchte meinem Antrag auf Bestätigung der Getreide-Einfuhr den Vorschlag geben, er ist leichter durchzuführen. Man hat dem Antrag eine sozialistische Tendenz untergeschoben, auch die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei in der Kommission haben ihn sozialistisch genannt. Warum haben sie aber dann nicht dafür gestimmt? Weil sie wissen, daß es nichts Antisozialistischeres giebt als unseren Antrag. In Dresden auf dem Parteitag ist gesagt worden: „Der Bauer muß erst ruiniert werden, ehe er zu uns kommt.“ Die Sozialdemokraten wissen, daß der Bauer ohne unseren Antrag eintreten kann. (Bravo rechts.) Ich hoffe, daß das Zentrum sich dem Antrag jetzt wohlwollender gegenüberstellen wird. Ich werde in dieser Hoffnung noch bestärkt durch die unendliche Liebe des Abgeordneten Bachem zu dem Margarinegesetz, in welcher derselbe vollste Verständnis für die Nothlage des Bauernlandes bewiesen hat. Herr Bachem weiß auch, daß die Bauern des Rheinlands für den Antrag eintreten. H. H. Bertrouen Sie doch auf die Intelligenz des Bauernlandes. Ich richte an die Regierung die Bitte, Unsinn im Lande zu halten und zu sehen, welche Verheerung in der Landwirtschaft eingetreten ist. Wir brauchen nicht Worte, sondern Thaten. Eine Regierung, die das nicht einseht, nimmt die schwerste Verantwortung auf sich. So kann es nicht mehr weiter gehen. (Beifall links.)

Staatssekretär Frhr. v. Marschall: Meine Legitimation zur sofortigen Beantwortung des Antragstellers liegt darin, daß kein Antrag über den Rahmen nationaler wirtschaftlicher Fürsorge hinausgreift (Bravo links.) und im Auslande Berücksichtigungen und Maßnahmen (Hr. Lurche rechts. Vbh. Zustimmung links.) hervorrufen muß. Ich werde nur die handelspolitische Seite der Frage behandeln. Unstreitbar ist ein gewisser Nothstand der Landwirtschaft. (Unruhe rechts.) Das überall Nothlage herrscht, bestreite ich. (Widerpruch rechts. Vbh. Vbh. links.) Die Regierung ist nach wie vor entschlossen, Alles zu thun, was sich dagegen thun läßt. Daß es sich dabei um Thun und nicht um Worte handelt, beweisen die Regierungs-Entscheidungen zum Schutze der Landwirtschaft. (Widerpruch rechts.) Die Ursachen der Nothlage der Landwirtschaft liegen in erster Linie in der Verschuldung des Grundbesitzes. (Widerpruch rechts.) Gewiß wird auch der Niedergang der Getreidepreise auf die Nothlage der Landwirtschaft einwirken. Aber dieser Niedergang ist nicht durch eine enorme Steigerung der Getreideeinfuhr herbeigeführt. Der Vorkueber hat so, als wäre der Niedergang der Preise durch die Handelsverträge herbeigeführt. Ist das denn wahr? Wie wirkt der Zoll auf den Getreidepreis? Es ist merkwürdig, daß die Herren, die früher behaupteten, der Zoll werde nur vom Ausland getragen, jetzt das Gegenteil behaupten. (Große Heiterkeit links.) In Wirklichkeit hängt die Wirksamkeit des Zolles auf den Getreidepreis von der allgemeinen Konjunktur ab. Hätten wir den Zinsfuß von 10, so würden wir denselben Getreidepreis haben wie jetzt, das beweisen die französischen Getreidepreise trotz des dortigen Hochzolls. Zeit unmöglich erachte ich die Erhöhung der deutschen Getreidezölle auf 10 oder 15 Mark. Hätten wir keine Handelsverträge, so hätten wir durch Verminderung unserer Ansfuhr nur eine weitere Ursache für die Nothlage der Landwirtschaft und zwar die verminderte Kaufkraft des deutschen Volkes. (Vbh. Beifall links. Festiger Widerpruch rechts.) Im vorigen Jahre haben sich die Verhältnisse der großen und kleinen Industrie ganz wesentlich gehoben. Die Regierung hat die Urtheile der Handelskammern darüber durchaus nicht beeinflusst, wie der Vorkueber behauptete. Graf Kanitz hat ein ganzes Zoll- und Wirtschaftssystem hier entwickelt und in der ihm eignen sachlichen Weise begründet. Im Lande geht im Kreise der Freunde des Grafen Kanitz eine minder sachliche Begründung herum, die sich in minder urbanen Formen bewegt. (Heiterkeit links.) Wer nicht für den Antrag Kanitz ist, gilt da als Manchestermann, als wenn es zwischen Cobden und Kanitz keine mittlere Linie gebe. Nach meiner Ansicht ist es die erste Sorge des Staates, daß der deutschen Arbeit der deutsche Markt gehört. (Auf rechts: Donnerwetter ja.) Daneben aber darf nicht die deutsche Ansfuhr vernachlässigt werden, die auch deutsche Arbeit ist und die zeigt, was deutscher Fleiß, deutsche Intelligenz vermag. (Beifall links.) Die Meistbegünstigungsklausel ist gewiß unvollkommen, aber sie ist das einzige Mittel eines friedlichen Ausgleichs zwischen den Nationen. Hat doch Bismarck im Frieden von 71 einen unfindbaren Meistbegünstigungsvertrag mit Frankreich geschlossen. Ich empfehle den Antrag Kanitz als praktisch unbedenklich und als äußerst bedenklich vom sozialpolitischen Standpunkt aus. Die neue Form des Antrages Kanitz enthält gewiß manche Verbesserungen gegen den alten, aber in der Grundlage ist er sich gleichgeblieben. Der Geist und Wortlaut unserer Handelsverträge ist dagegen. Eine Revision der Verträge, wie Graf Kanitz sie vorschlägt, ist unmöglich. Die Vertragsstaaten werden sich die dreifache Erhöhung des Zolles, wie sie der Antrag Kanitz mit sich führen werde, nicht gefallen lassen. Das ist keine Revision, das ist die Negation der Verträge. Der Antrag Kanitz steht mit dem Begriff eines Handelsvertrages überhaupt im Widerspruch. (Sehr wahr links.) Die eigene Waare soll konkurriren können mit der Waare, die im Inlande des andern Staates produziert wird, das ist der Sinn jedes Handelsvertrages. Damit ist das Theilmonopol, das der Antrag Kanitz für ausländische Getreide vorschlägt, unvereinbar. Entspricht es der Würde eines großen, unabhängigen Staates (Auf rechts: Ach! ach!), daß er sich vertragsmäßig bindet, seinen zeitweiligen Bedarf nur von bestimmten fremden Staaten zu decken. Der Antrag Kanitz ist juristisch erst dann durchzuführen, wenn keine Handelsverträge vorliegen. So lange Deutschland seinen Bedarf an Getreide zu einem Theil vom Auslande beziehen darf, wird das Reich in der That, das will ich zugeben, einen Einfluß auf den Inlandspreis ausüben können. Die Monopolisierung des Handels mit auswärtigem Getreide legt dem Reich eine Aufgabe zu, die jetzt von 100 000 Personen gelöst wird. Die Reichsgetreideverwaltung muß die Fähigkeit haben, den Anfall der inländischen Ernte in Qualität und Quantität voranzuholen. Jeder Fremder würde Erbitterung und Unruhe erzeugen. In der Landwirtschaft selbst würde in Folge der Konkurrenz der Bauern untereinander nur Streit und Zank entstehen. Dagegen würde wir das ganze Monopol helfen. (Sehr wahr, rechts.) Dann aber muß dem deutschen Bauern klaren Wein eingeschenkt werden. Dann darf er nicht mehr über sein Eigentum frei verfügen, dann wird der Getreidebau kontingentiert, dann muß ein Heer von Beamten zu seiner Kontrolle angeboten werden, alles Maßregeln, die dem deutschen Bauern die verhassten sind. (Beifall links. Unruhe rechts.) Wenn das dem deutschen Bauern gesagt würde, dann wäre es mit der agitatorischen Wirkung des Antrages Kanitz vorbei. Denn das wäre ein Stoß ins Herz des deutschen Bauernlandes. (Unruhe rechts.) Was könnte man dann noch gegen den

Normalarbeitstag und gegen Normallöhne sagen, wenn sie von den Leuten verlangt wird, die nichts als ihre Arbeitskraft haben. Der Antrag Kanitz würde nur einigen potenten Existenzen zu Gute kommen. Entweder muß man also den Grundgedanken des Antrages Kanitz auf die gesamte Produktion anwenden, oder ihn fallen lassen. Man hat behauptet, daß nach Annahme des Antrages Kanitz die Arbeitslöhne steigen würden. Wie aber, wenn der Strom von Geld ausbleibt, der sich dann von der Landwirtschaft aus erstrecken soll über alle Klassen? Er würde unter allgemeiner Erbitterung beseitigt werden. Das große Mittel des Grafen Kanitz würde nur der Sozialdemokratie zu Gute kommen. Dem Programm der großen Mittel stelle ich das Programm der kleinen Mittel gegenüber. Bei diesem Programm hat die Landwirtschaft auf die Unterstützung aller Klassen der Gesellschaft zu rechnen. Je mehr die Landwirtschaft Vertrauen zur Regierung hat, je mehr sie den Blick auf das große Ganze richtet, je mehr sie, wie die Besitzenden überhaupt, durch Genügsamkeit ein gutes Beispiel giebt (Lurche rechts), je mehr sie in dem alten konservativen Grundglaube festhält, das Alte nur dann aufzugeben, wenn es wirklich veraltet ist, desto sicherer ist ihre Rettung, desto sicherer können wir auch alle darauf rechnen, daß wir den Ansturm der Feinde unserer Gesellschaftsordnung überleben. (Beifall wiederholt links und im Zentrum. Heftiges wiederholtes Zischen rechts.)

Hr. Graf v. G. (Zentrum): Es ist schwierig, nach dem Staatssekretär, der den Gegenstand von allen Seiten beleuchtet hat, zu sprechen. Der Antrag ist genau geprüft worden nicht allein vom Reichstag, sondern auch vom Staatsrath und ist von beiden Körpern abgelehnt worden. Ich stehe noch auf dem Standpunkt des vorigen Jahres, daß der Antrag nicht auf christlich-sozialem Boden, sondern auf dem Boden des modernen Kapitalismus erwachsen ist. Sein Prinzip zerläßt die letzte Wurzel von christlich-sozialem Verkommen. Graf Kanitz hat sich auf den rheinischen Bauernbund berufen, ich berufe mich gegen den Antrag auf eine Erklärung des westfälischen Bauernbundes, die seinen Antrag auf das Schärfste bekämpft. Also der Standpunkt des Zentrums ist ganz derselbe wie im vorigen Jahre. Wir haben in der Kommission noch einmal, trotz unserer prinzipiellen Bedenken geprüft ob nicht ein Bruch gefunden werden kann, das wir acceptiren können. Wir sind durch die Kommissionsberatung nicht überzeugt worden. Die Verhältnisse der Landwirtschaft im Osten und Westen sind so verschieden geartet, daß sie nicht schablonenmäßig behandelt werden können. Wir stimmen wie ein Mann gegen den Antrag. (Beifall im Zentrum und links.)

Hr. Graf v. Schwerin (Dsm.) auf der Tribüne ist unverkennbar: Den Einwendung u. der Gegner des Antrages, daß wohl die Getreidepreise auf einer bestimmten Höhe erhalten würden, aber in Zeiten großer Noth nicht herabgesetzt werden könnten, ist von den Antragstellern durch eine Aenderung des Antrages Rechnung getragen worden. Ich habe mir erlaubt eine graphische Darstellung der Getreidepreise in den letzten 10 Jahren nach nur amtlichen Material auf den Tisch des Hauses niederzulegen. Der Verdacht agrarischer Tendenzhäreerei kann diese Darstellung also nicht treffen. Die Schwankungen sind recht bedeutend. Die Brotpreise aber sind von den Schwankungen der Getreidepreise nicht berührt worden, der Antrag Kanitz aber will nur die Schwankungen der Getreidepreise beseitigen. Die große Differenz zwischen den Getreide- und den Brotpreisen nutzen nur die Spekulanten aus. Ihnen würde durch unseren Antrag das Handwerk gelegt werden. (Bravo! rechts.) Die Sozialdemokraten wollen eine Proletarisierung des Bauernlandes, sie wollen die Löhne auf dem jetzigen niedrigen Niveau erhalten. Deshalb stimmen sie gegen den Antrag, obwohl sie ihn auf der anderen Seite für sozialistisch erklären. Die Herren wollen eben keine sozialen Reformen, die der bestehenden Gesellschaft zu Gute kommen kann. Eine Vereinbarung mit den Vertragsstaaten halte ich für sehr wohl möglich. Wenn bei der Regierung der gute Wille vorhanden wäre, könnte ionach diese Richtung alle Schwierigkeiten beseitigen. Wenn man an gewisser Stelle die Ueberzeugung von der Nothlage der Landwirtschaft hätte, würden alle diese Einwendungen wie die Spreu vor dem Winde zerfliegen. Dieser Antrag bedeutet den wirtschaftlichen Frieden. (Beifall links.)

Hr. v. K. (Vg.) Ein schöner wirtschaftlicher Friede! (Große Heiterkeit.) Wir gehen den Weg nicht mit. Ich behaupte es sogar, daß Herr von Marschall jowiel Mühe angewendet hat. Graf v. G. bezeichnet den Antrag als direkt sozialistisch. War es das politische Ziel, daß das Zentrum im vorigen Jahre in eine Kommissionsberatung willigte. Die Bauern sollen die Agrarier nur bei Seite lassen, denn diese wollen vom Antrag nichts wissen. Wie steht es mit der Stärke der agrarischen Bewegung? Warum veröffentlicht der Bund der Landwirthe nicht seine Mitgliederlisten? Wenn die Regierung mit größerer Festigkeit dafür gesorgt hätte, daß nicht die staatliche Autorität in den Dienst dieser gemeingefährlichen Agitation gestellt wird, dann wären wir nie soweit gekommen. (Beifall links, Lärm rechts.) Herr v. Bloch ruft: Sie müßten Minister werden.) Das überlasse ich Ihnen. (Heiterkeit links.) Rudolph Meyer hat in der „Gegenwart“ jüngst mitgeteilt, daß ein Oesterreicher Kaufmann Herrn von Bloch im Jahre 1841 (Lachen rechts) ich wollte sagen im Jahre 1891 den ganzen Plan unterbreitet hat, auf dem der Antrag Kanitz beruht. (Herr von Bloch ruft: Der Mann wollte das ganze Monopol!) Ihre ganze Agitation ist demagogisch, und Sie hegen um so mehr, je ohnmächtiger Sie sich fühlen. (Lärm rechts.) Nehmen wir den Antrag rundweg ab, ich glaube nicht, daß die Herren ihn im nächsten Jahre wieder einbringen werden. (Herr von Bloch ruft: Abwarten.) Welcher Theil der Landwirtschaft hat denn Interesse an höheren Getreidepreisen? Der Reichskanzler hat uns im vorigen Jahre nachgewiesen, daß volle 76 pCt. der deutschen Landwirtschaft kein Interesse daran haben. (Herr v. Bloch ruft: Stimmt nicht!) So ist denn die Gegenanfrage, die der Bund der Landwirthe veröffentlichte? (Herr von Bloch ruft: Längst veröffentlicht.) Sie lesen bloß nicht vernünftige Blätter. Heiterkeit rechts.) Bringen Sie sie doch morgen mit. Wir haben in Pommeren eine kleine Enquete bei den pommerischen Bauern aufgenommen, die die Angaben des Reichskanzlers bestätigt. (Erneute Unterbrechungen rechts. Auf links: Ruhe!) Sowie man mit Ihnen überhaupt nicht allgemeine Redensarten macht, ist mit Ihnen überhaupt nicht zu diskutieren. (Heiterkeit.) Der kleine Bauer hat keinen Nutzen vom Antrag Kanitz, weil er kein Korn-Getreide verkauft. Die Enquete, die der Bund der Landwirthe in Bayern veranstaltet, hat nicht erwiesen, daß die Lage der Landwirthe zweifelhaft ist, die Schuldverhältnisse der Bauern sind keineswegs so traurig, daß sie nicht weiter fortkommen können. Die Technik fehlt ihnen. Sie verwandten keinen Künstdünger. (Lachen rechts.) Die agrarische Agitation verstärkt nur den Pessimismus, der nicht mehr auf eigene Kraft vertraut; das sage ich Herrn von Bloch. (Herr von Bloch: Nun lassen sie mich, bitte, endlich einmal zufrieden.) Die agrarischen Blätter beschäftigen sich ja auch fortgesetzt mit uns. Der Antrag Kanitz verschleierte die Subventionierung der Reichen. Aber hierher kommen, und vom Staate eine baare Unterstützung verlangen, das wollen die Majoratsherren nicht. Der Antrag Kanitz ist der Sozialismus der Junker. Ihn wollen wir ebensowenig, wie den Sozialismus der Arbeiter. (Bravo links.)

Hr. Graf v. Bismarck (Wilsdorf): Der Antrag Kanitz ist nur ein Nothbehelf, aber die Nothlage der Landwirtschaft rechtfertigt den Nothbehelf. Auch die Getreidezölle sind ein Nothbehelf. Der Antrag Kanitz ist auf demselben Boden gewachsen, wie die Schutzölle. Der ideale Zustand wäre es ja, wenn es überhaupt keine Schutzölle gebe. Aber dazu gehörte, daß die Produktion in allen Staaten unter denselben Bedingungen steht, und weiter, daß alle Staaten einseitige Währung haben. Doch das sind Utopieen. In der That hat der Antrag Kanitz sich fortgesetzt neue Freunde erworben. Gerade die Mächtigsten auf den armen ländlichen Wähler

hat viele veranlaßt, trotz schwerer Bedenken sich ihm anzuschließen. Die Nothlage der Landwirtschaft steht fest, eine weise Regierung wird deshalb für sie sorgen. Wie ist das geschehen? Die kleinen Mittel der Regierung treffen nun leider nicht die Basis der Nothlage, die gelunkenen Getreidepreise, habe ich einen Nagel im Finger, so werde ich ihn eben so behandeln, als wenn er in einem gefährlichen Körpertheil läge. (Lachen links.) Ein anderes Mittel als den Antrag Kanitz wissen wir nicht. Weiß die Regierung oder sonst jemand ein anderes Mittel, so werden wir es gerne acceptiren. Ob durch Krediterleichterungen der Landwirtschaft geholfen werden kann, erscheint mir sehr fraglich. Auch von der Fuderfeuernovelle ist keine durchgreifende Besserung zu erwarten, ebensowenig von Bodenmeliorationen. Unrichtig ist die Behauptung, daß die Kleinbauern kein Interesse an hohen Getreidepreisen haben. Sie müssen Korn verkaufen, um bares Geld zu haben. (Sehr wahr! rechts.) Sonst würden sich doch auch nicht so viel Kleinbauern für den Antrag ausgesprochen haben. Tausende von ihnen sind heute in Gedanken hier, und danken dem Hr. Kanitz. In England hat man längst eingesehen, daß die Abschaffung der Kornzölle ein schwerer Fehler war. Der Ruin der englischen Landwirtschaft datirt daher. Jetzt hat England nur noch 20 000 Grundbesitzer. Bei uns giebt es aber 9 Millionen. Ein weiser Staatsmann muß erkennen, daß bei uns schwerwiegende Interessen auf dem Spiel stehen. Alle anderen Länder erhöhen auch fortgesetzt ihre Schutzölle. Unsere Aufgabe ist es, der Regierung zu sagen, wo uns der Schuh drückt. An der Exekutive ist es, die nothwendigen Maßnahmen im Einzelnen zu treffen und durchzuführen. Der Bauer will unmittelbar seinen harten Thaler mehr haben; darauf kommt es an. Wenn man uns ein besseres Mittel als den Antrag Kanitz ergeben kann, verzichten wir gern auf diesen Nothbehelf. Wenn Industrie und Landwirtschaft zu ammenhalten, muß sich jede Regierung fügen. Kommt zu den revolutionären Fabrikarbeitern noch der verbitterte, verarmte Landmann hinzu, dann schwinden die letzten Stützen von Thron und Altar. (Bravo! rechts.)

Hr. Graf v. Bernstorff (Welse) bekämpft kurz den Antrag wegen seines sozialistischen Charakters. Dann wird die Fortsetzung der Debatte auf Morgen, Mittags 1 Uhr, vertagt. Schluß 6 Uhr.

### Lübeck und Nachbargebiete.

17. Januar. Berichtung. Der Druckfehlerausweis hat uns in unserer gestrigen Nummer in der Notiz „Ueber die Ansprüche der Boeren“ einen irrtümlichen Streich gespielt. In der fünften Zeile der Notiz muß es anstatt Freibirres Freibriefes heißen.

Standesamt. Zum Stellvertreter des Standesbeamten im Standesamtsbezirk Travemünde hat der Senat an Stelle des auf sein Ansuchen aus diesem Amt entlassenen Bezirks-Schullehrers Heinrich Carl Zäuner den Maurermeister Johannes Heinrich Hobe in Travemünde ernannt. Derselbe ist am 14. d. Mts. für sein Amt vereidigt worden.

Hanseatisches Oberlandesgericht. Der Bremer Senat hat den Amtsrichter Dr. D. A. Hagens zum Rath am Hanseatischen Oberlandesgericht ernannt.

Eintragung in das Genossenschaftsregister. Am 15. Januar 1896 ist eingetragen auf Blatt 18 bei der Firma Lübecker Gewerbebank, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht: Die Genossenschaft hat sich in eine solche mit beschränkter Haftung umgewandelt. Die Firma lautet: Lübecker Gewerbebank, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht. Die Genossen unterliegen der beschränkten Haftpflicht. Die Haftsumme beträgt 1000 Mk. Abgeändertes Statut datirt vom 12. Dezember 1894.

Unfallversicherung. Zum Arbeitnehmerbeisitzer des Schiedsgerichtes für den Geschäftsbereich der Baudeputation (Unfallversicherung) wurde für die Jahre 1896—1899 in der zu diesem Zweck stattgehabten Wahlversammlung der Arbeiter J. H. V. Wick, Schwartauer Chaussee 11 a, und zu dessen Stellvertreter die Arbeiter Dankert, Alshöhe No. 5, und Reinde, Kahlhorststraße No. 42, gewählt.

Ein einfaches Mittel zum Blutstillen. Zum Blutstillen bei schweren Verletzungen empfiehlt die „Zeitschr. für Gewerkschypiene“ ein in heißes Wasser getauchtes Wattebündchen auf die Wunde zu legen. Selbst bei Verletzung der Pulsader soll durch dieses einfache Verfahren die Blutung sofort aufhören. Bloß Watte, oder solche mit kaltem Wasser getränkt, auflegen, pflegt diese Wirkung nicht zu äußern.

Interessant und für Seelente und deren Angehörige von großer Bedeutung ist eine Entscheidung des Reichs-Versicherungsamtes, welche dieser Tage der „Seelenrat“ fällt. Gelegentlich einer Reise zwischen Savannah und Petersburg angelte der Kapitän eines Schiffes der Firma Balle u. Sohn fünf glückliche Fische. Er ließ dieselben braten und verzehrte zwei davon, während zwei weitere der Steuermann Niemann und den letzten der Schiffsoch auf. Alle drei erkrankten unter den Anzeichen einer Vergiftung; der Steuermann erholte sich nicht wieder, er mußte den Fischgenuß mit dem Leben bezahlen. Der Anpruch seiner Wittve auf Unfallrente wurde von der See-Versicherungsgesellschaft zurückgewiesen. Diese nahm an, daß zwar die Todesursache in den Fischen gelegen habe, daß jedoch die Verjorgung des Körpers mit Speise und Trank wesentlich im persönlichen Interesse erfolge, der Aufrechterhaltung der Kräfte diene, nicht aber als im Betriebsinteresse liegend bezeichnet werden könne. Daraus zog sie den Schluß, daß Niemand nicht einem entschädigungspflichtigen Betriebs-Unfall erlegen sei. Das Schiedsgericht erkannte ebenfalls zu Ungunsten der Klägerin. Das Refusgericht hob die Vorentscheidung auf und verurtheilte die See-Versicherungsgesellschaft, die verlangte Rente zu zahlen. Der Vorsitzende, Geh. Regierungsrath Dr. Sarrazin gab folgende Gründe an: Bei der ganzen See-Unfallversicherung handelte es sich, wie öfter hervorgehoben sei, um einen besonderen Rechtskreis, dessen Normen zu entnehmen seien aus den eigenartigen tatsächlichen Verhältnissen. Nicht selten finde nun eine Ergänzung des mitgeführten Proviantes durch frische Fische statt, die auf hoher See gefangen würden. Einer solchen Abwechslung in der sonst ziemlich einseitigen Ernährung rühme man ja übrigens gewisse gute Einflüsse auf das körperliche Wohl nach, so die Verhinderung des Skorbut. Das Angeln der fraglichen Fische, welches sich auf den ersten Blick als ein Vergnügen darstellte, und das, handelte es sich um binnenländische Verhältnisse, auch thätiglich den Charakter eines solchen hätte, könne hier doch nicht ausschließlich als Vergnügen betrachtet werden. Es käme hier die Eigenart der ganzen Seefahrt in Betracht. Den obwaltenden tatsächlichen Verhältnissen würde es hier nicht genau entsprechen, zu fragen, ob das Fangen der Fische für die Ernährung der beteiligten drei Personen absolut nothwendig gewesen wäre. Ganz natürlich habe hier die Unterbrechung der gewöhnlichen Ernährung durch den Genuß

frischer Fische eine andere Bedeutung wie auf dem Lande, und schon deshalb sei sie anders zu beurtheilen. Dazu komme, daß die Fische giftig waren, daß also ein im übrigen als normal anzusehender Genuß, den das Meer bietet, unter Umständen giftig sein kann. Diese Möglichkeit gehöre ohne weiteres damit dem Gefahrenkreise an, welcher den Seefahrer auf hohem Meere umgibt. Unter diesen Umständen könnten die Folgen schädlicher Ernährung, die auf dem Lande nur der Befriedigung rein persönlicher Bedürfnisse zuzurechnen sind und demgemäß zu behandeln wären, auf dem Meere als Betriebsunfall angesehen werden, auch wenn der Anlaß als Veranlassung betrachtet werden könnte. Der Gerichtshof sei überzeugt, dem Willen des Gesetzgebers der See-Unfallversicherung entsprechend zu haben, wenn er hier angeht, daß jenes Ereigniß auf hoher See passirte, den Begriff des Betriebsunfalls nicht zu eng fassend.

**Vom Hafen.** Jede und still sieht es zur Zeit am Hafen aus. Trotzdem die Trade noch eisfrei und die Ausfahrt nach der See noch offen ist, befinden sich nur noch sehr wenige Schiffe in Fahrt. Viele von den Schiffen haben nicht durch die Witterung gebungen, sondern in Folge Frachtmangels aufgelegt. Den Hauptverkehr entwickeln immer noch die Heringsdampfer, wenn es auch den Anschein hat, als ob auch die Einfuhr von Heringen nachzulassen beginnt. Obgleich die Einfuhr von Heringen in diesem Winter eine recht lebhaft war, hat sie doch nicht die Höhe der vorjährigen Einfuhr erreicht. Während im Jahre 1891. 187,134 Kisten und 800 Tonnen Heringe von Schweden hier angebracht wurden, betrug die Zahl der eingeführten Heringe im Jahre 1895 102,553 Kisten. Die zwischen hier und Königsberg verkehrenden Dampfer, fahren jetzt seltener und gelangen nur bis Vilsau. Der Dampfer Kant reparirt hier. Während von den zwischen Memel und hier verkehrenden Dampfern, der Dampfer „Dora“ bereits aufgelegt hat, ist der Dampfer „Stadt Lübeck“ noch in Fahrt und trat am gestrigen Tage mit fast voller Ladung hier ein. Die Dampfer „Straßund 1“ und „Stadt Straßund“ haben schon eine Heilung aufgelegt, ebenso der Dampfer „Livadia“. Die zwischen Hangoß und hier verkehrenden Dampfer „Nurik“ und „Wiborg“ sind noch beide in Fahrt und haben noch annehmbare Frachten. Der den letzten beiden Dampfern Konkurrenz machende Dampfer „Stor-Surken“ hat seine Fahrten eingestellt und aufgelegt. Die übrigen nach Finnland verkehrenden Dampfer haben zum größten Theil hier aufgelegt. Die Stockholmer Postdampfer haben ebenfalls ihre Fahrten eingestellt und war der Dampfer „Bore“ der letzte Dampfer, welcher hier Winterlager nahm. Außer ihm liegt noch der nach Stockholm verkehrende Dampfer „Dana“ hier in Winterlager. Die Hallandschen Postdampfer verkehren noch ziemlich regelmäßig, und bringen in letzter Zeit wieder etwas mehr Vieh nach hier. Von den Viehdampfern ist der Dampfer „Hyden“ so ziemlich der einzige der noch verkehrt. Die Migner Dampfer haben bereits alle drei aufgelegt. Dagegen verkehren zwischen Libau und hier noch die Dampfer „Gitta“ und „Dauja“. Zwischen Neval und hier verkehren noch die Dampfer „Neva“, „Trave“ und „Elbe“ der hauseigenen Dampfboot-Gesellschaft und die Dampfer „Helig“, „Marie Louise“ und „Nantius“ der Rhederei von Wm. Minlos. Die letztgenannten Dampfer

haben noch immer ziemlich volle Ladung. Zwischen Rotterdam bezw. Köln und hier verkehrt noch der Dampfer „Stella.“ Aufgelegt haben im hiesigen Hafen bis jetzt 19 Dampfer und 11 Segler. Von den Dampfern befinden sich allerdings einige zwecks Reparatur auf den Werften. Auf den letztgenannten Werften scheint der Geschäftsgang ein etwas flotterer zu werden. Im allgemeinen herrscht aber jetzt sowohl am Hafen, wie auch anderswo eine recht gedrückte Stimmung, wenn auch an dieser Stimmung und an der Klauheit im Erwerbsleben zum großen Theil der Winter Schuld ist, so wird sich auf der anderen Seite nicht weglassen lassen, daß an der Verminderung der Schifffahrt der Nord-Ostsee-Kanal ein gut Theil schuld trägt. Hoffen wir daher auf das baldige Wiederkommen des alles belebenden Venzes. Aber nicht nur, daß er bald kommt wollen wir hoffen, sondern wünschen wollen wir gleichzeitig, daß er uns endlich den Beginn der Arbeiten zum Elbe-Trave-Kanal bringen möge.

**Unfall.** Am Dienstag Nachmittag stürzte in der Rakeburger Alee in Folge des Glätteis ein kleines Mädchen so unglücklich, daß es ein Bein brach.

**Verhafteter Dieb.** Ein von der Staatsanwaltschaft zu Schwerin wegen Diebstahls verfolgter Arbeiter wurde am Mittwoch hier verhaftet. Eine in Schwerin gestohlene Uhr wurde noch in seinem Besitz vorgefunden.

**Briefkasten.**

A. J. und H. K. Die Eingekaufte mußten Raummangels wegen zurückbleiben.

E. T. ad L. Gewiss, daß können Sie. Wenn Sie jemand durch Vorpiegelung falscher Thatfachen Nachts aus dem Bette holt, so ist das schon mehr als „grober Unfug“, ad 2. Zunächst bei der Polizei.

? Unsere Stellung zur Vahnhofsfrage haben wir schon einmal ausführlich begründet, weshalb wir auch durchaus keine Ursache haben, uns noch weiter mit den Reichthümlichkeiten des Industrievereins zu befassen. Ihre Beschränkungen, der Industrieverein könne es mit keinen Neben und Resolutionen gar noch fertig bringen, daß alle Fabriken in St. Lorenz mit „Anschlußgleisen“, „Stichkanälen“ und „Miniaturgüterschuppen“ versehen würden, sind wohl nicht ernst gemeint; jedenfalls dann alle anderen noch im Lübeckischen Staatsgebiet vorhandenen industriellen Etablissements mit vollem Recht dasselbe verlangen könnten, denn was dem einen recht, das muß dem andern billig sein. Wir könnten uns übrigens damit einverstanden erklären. Die Bundeslei würde großartig werden. Viele Arbeitslose würden „lohnenden“ Verdienst haben. Der Bau der vielen Brücken, Kanäle, Quais und Bauanlagen würde die Expropriation vieler Grundstücke erforderlich machen und Mancher, dem heute der Schuh ganz bedenklich drückt, würde in der am so leichter durch's Leben kämeln können. Dazu kämen dann auch noch die Verkehrsgelegenheiten. Die Berliner Elektrizitätsgesellschaft könnte ihre Schienen hier nur wieder aufreißen und mitlämmt dem rollenden Material einpacken

und anderswohin verschiden. Wir brauchen sie nicht mehr. Schaffner werden ja dadurch auch nicht brodlös gemacht, und die paar Wagenführer können bei der künftigen Stadtbahn immerhin eine Anstellung finden. Aber — leider wird das alles nicht wahr werden. Es ist Zukunftsmusik. Der Industrieverein bringt ebenwiewenig etwas zu Wege wie andere Etablische. Man denke nur an den Elbe-Trave-Kanal, wie viel ist darüber nicht schon geschrieben, gerebet, geresolutionirt und getoastet worden und wir sind trotzdem immer noch nicht weiter gekommen. Sie können sich also beruhigen. Wir überreichen die Verantwortung. — Nun wollen Sie noch last not least von uns wissen, ob auch Nerzte als Mitglieder dem Industrieverein angehören können? Ja, aber besser Herr, wie können wir denn das wissen? Wir kennen die Statuten des Vereins nicht. Möglich kann es ja immerhin sein, schon der vielen, in den Fabriken vorkommenden Unglücksfälle halber. — Doch, nun ist es aber genug. Wenn Sie einmal wieder solche weltbewegende Fragen an uns zu richten haben, dann sprechen Sie lieber bei uns persönlich vor, wir stehen jederzeit zur Verfügung und planen gerne einmal über solche Sachen. Im Uebrigen nichts für ungut. Gruß!

**Steuerkassenz-Buchmarkt.**

Hamburg, 16. Januar.

Der Schweinehandel verliert mittel. Angeführt wurden 860 Stück, davon vom Norden — 510, vom Süden — 350. Preise: Verantw. Schweine schwere 43—45 Mk leichte 42—44 Mk., Sauen 36—41 Mk. und Ferkel 40—42 Mk pr 100 Pfd

**Angelommene und abgegangene Schiffe in Travemünde.**

**Angelommen:**  
Donnerstag den 16. Januar.  
11,45 N. D. Stadt Lübeck, Krause, von Danzig in 54 St.  
1,20 N. D. Orion, Larsson, von Kopenhagen in 22 St.  
7,05 N. D. Stella, Lindberg, von Lysekil in 80 St.  
**Freitag den 17. Januar.**  
7,45 N. D. J. P. Dillberg, Vergh, von Kopenhagen in 16 St  
7,50 N. D. Marie Louise, Nachtweg, von Kiel in 10 St.  
**Abgegangen:**  
Donnerstag den 16. Januar.  
12,10 N. D. Falke, Ehler, nach Fehmarn.  
3,46 N. D. Fern, Ohlsen, nach Smögen.  
5,45 N. D. Augusta, Hübner, nach Smögen.  
7,15 N. D. Rajaden, Hulten, nach Kopenhagen.  
Wind und Wasserstand in Travemünde 8 Uhr N: 6,27 m SW, frisch.  
**Schiffsbewegung in der Ostsee.**  
D. Nurik ist am 15. Januar in Hangoß angekommen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Subskribenten gegenüber die alleinige Verantwortung.

**Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im „Lübecker Volksboten“ inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu beziehen.**

Bringe hiermit allen Freunden und Bekannten meine neu eröffnete

**Colonial- und Fettwaren-Handlung**

in freundliche Erinnerung. Ich empfehle:  
Gute Landmettwurst, Pfd. 1 Mk.  
Gute get. Mett- u. Leberwurst, Pfd. 80 Pf.  
Guten fetten u. mag. Speck, Pfd. 75 Pf.  
Guten amerik. Speck, Pfd. 60 Pf.  
Prima Schmalz, Pfd. 55 Pf.  
Prima Griebenschmalz, Pfd. 60 Pf.  
Feine Butter, Pfd. 1,10 Mk.  
Feine Margarine, Pfd. 70 Pf.  
Eier, Stück 7 Pf.  
Prima Käse, Pfd. 50 u. 60 Pf.  
Gefälzene und saure Heringe.  
Brod und Mehl aus der Lübecker Genossenschaftsbäckerei.  
Hier von der Hanja-Brauerei.  
Sulz, Cooks, Briquets und dunstfreie Plättföhlen.

Achtungsvoll  
**Carl Meyer, Brüderstraße 4a.**  
**Beste Margarine**  
2 Pfund 1,25 Mk.  
**Bestes Schmalz**  
2 Pfund 95 Pf.  
empfehlen  
**Reinh. Büsen,**  
Annimstraße.

Gute Eier, 5 Stück 30 Pf.  
Feine Meiereibutter, Pfd. 1,10 Mk.  
F. Margarine, Pfd. 60, 65 u. 70 Pf.  
Geräucherte Landmettwurst, Pfd. 1 Mk.  
Ranchfleischstücke, Pfd. 75 Pf.  
Fett u. durchw. Speck, Pfd. 60 u. 70 Pfg.  
F. Käse, Pfd. 45, 60, 80 Pf.  
F. Schmalz, Pfd. 45 und 55 Pf.  
F. Griebenschmalz, Pfd. 60 Pf., empfiehlt  
J. C. W. Blöss, J. F. D. Götke Nachf.,  
Kupfergießerstraße 7.

**Schweinefleisch** Pfd. 50 Pfg.  
**Karbonade** Pfd. 60 Pfg.  
**Kalbsteif** Pfd. 30 Pfg.  
**Gefälz. Schweinefleisch** Pfd. 50 Pfg.  
**Dide Rippen**, Pfd. 55 Pfg.  
empfehlen  
**Die Schweinefleischhandlung**  
**W. Strohheldt**  
73 Glockengießerstraße 73.

Wir empfehlen unsere nur aus Hopfen, Malz, Gese und Tiefbrunnen-Wasser hergestellten  
**Biere in Flaschen**  
mit Patent- oder Siegel-Verschlus.  
Die Vortheile des Siegel-Verschlusses sind:  
Größte Reinlichkeit. Absolute Dichtigkeit.  
Vierverfälschung unmöglich. Leichtes gefahrloses Deffnen.  
Hochachtungsvoll  
Lübeck 1896. **Hansa-Brauerei.**

Durch die Expedition des Lübecker Volksboten ist zu beziehen:  
**Ferdinand Lassalle's**  
» **Reden und Schriften.**  
Neue Gesamtausgabe.  
Herausgegeben  
im Auftrage des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands  
von **Ed. Bernstein.**  
Vollständig in 3 Bänden. Zu beziehen in 50 Lieferungen à Mk. —,20.  
**Bandausgabe:**  
Band I: geheftet Mk. 2,50, in feinen gebunden Mk. 3,—  
in Halbfranz gebd. (Leihhabereiband) „ 4,—  
Band II: geheftet Mk. 4,—, in feinen gebunden „ 4,50  
in Halbfranz gebd. (Leihhabereiband) „ 5,50  
Band III: geheftet Mk. 3,50, in feinen gebunden „ 4,—  
in Halbfranz gebd. (Leihhabereiband) „ 5,—  
Zur Beurtheilung der geschichtlichen Entwicklung und des Wesens der deutschen Sozialdemokratie ist diese Gesamtausgabe unentbehrlich. Der erste Band ist mit einem Stahlstichportrait Lassalle's geschmückt.

**Sehr schönen Tafelreis**  
(ganze Körner)  
per Pfd. 14 Pfg., 5 Pfd. 65 Pfg.  
empfehlen  
**Reinh. Büsen**  
Annimstraße.

Ein Pfund feinstes  
**Tafel-Margarine, Marke FF**  
auf einem ff. Porzellanteller kostet nur 70 Pfg.  
**Friedr. Frommhagen Nachf.,**  
Mühlenstraße 81.

**Harzer Kanarienvogel**  
die feinsten Koller und Lichthänger, sind nur auf einige Tage zum Verkauf eingetroffen bei  
**J. Halbroth, Vogelhändler, St. Andreasberg a. S., „Zum Süsteinischen Hause“**  
**J. H. Ramohr, Marlesgrube 22.**

**Junges fettes Fleisch**  
empfehlen  
**H. Wulff, Fischergrube 10.**

**200 Kinderwagen**  
stehen jetzt wieder zur Auswahl, ganz besonders billig!  
**A. Grell, Braunnstraße 10.**

**Uhren reinigen.** 1,50,  
**Federn einsehen.** 1,50,  
**Uhrgläser 1. Qual. 0,30.**  
**Aug. Büttner,**  
Uhrmacher,  
Högstraße 32.

**Frau J. Dentzau**  
Lübeck, Untertrave 113.  
Special-Behandlung für  
Beinshäden, Drüsen u. Hautkrankheit.  
Zu sprechen Freitags und Sonnab. von 10—5,  
Sonntags von 9—2. Unbemittelte berücksichtigt.

Ich habe mich hier als  
Arzt für das ges. Natur-  
heilverfahren niedergelassen u. wohne  
Bekkergrube 41, part. Sprechstund.  
Vorm. von 8—10 Uhr, Nachm. von  
3—5 Uhr, Sonntag nur Vormittags.  
**Dr. med. Kaninski,**  
prakt. Arzt.

**Geld! sofort Geld!**  
erhalten Sie auf Möbel, Rohprodukte,  
Waaren aller Art, wenn wir zur Auktion  
übergeben, ohne Lagerkosten zu berechnen.  
**J. C. B. Schmehl, Auktionator u. Taxator,**  
Hundestraße 8.

**Gesucht zum 1. Februar ein Knecht**  
für eine Colonialwaren-Handlung. Näheres bei  
**Ferd. Schreiber, Dankwartgrube 28, 11.**  
Gehalt zu sofort ein junger Bursche von  
14—16 Jahren bei einem Geschäftswagen.  
Näheres Lindenstraße 35.

**Eine eigene Ziehmangel zu verkaufen.**  
Rakeburger Alee 26.  
Zum 1. April eine Wohnung von 3 Stuben,  
Küche und Keller zu vermieten.  
Mitterstraße 4

Verloren ein H. schwarzer Kinderwagen mit  
grauem Krimmer v. d. Ludwigstr. bis Friedenstr.  
Der ehrl. Fund. w. geb. den. abzug. Friedenstr. 44.  
**Achtung! Schmiede!**  
Sonntag den 18. Januar,  
Abends 8 1/2 Uhr  
**Mitglieder-Versammlung**  
bei **Spahrman, Hundestr. 101.**  
Tages-Ordnung:  
Vortrag des Genossen Th. Bartels und Auf-  
nahme neuer Mitglieder.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
Die örtliche Verwaltung.

**Mitglieder-Versammlung**  
der  
**Central-Kranken- und Sterbe-Kasse**  
der Tischler (Zahlstelle Fadenburg)  
am Sonntag den 19. Januar 1896  
Abends 7 Uhr  
im Lokale des Hrn. **L. Paetan, Fadenburg**  
Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1895.  
2. Bericht über den Abschluß G. Hänslers.  
3. Fragekasten und Verschiedenes.  
Um das Erscheinen aller Mitglieder ersucht  
Die Ortsverwaltung.

**Stadttheater in Lübeck.**  
Sonntag: Geschlossen.

## Persönliche Erinnerungen an den Weberaufstand des Jahres 1844.

(Aus der Zeitung: „Das Volk“.)

Wir geben in den folgenden Aufzeichnungen die uns freundlichst zur Verfügung gestellten Erinnerungen eines ehemaligen Webers an jene schwere Zeit der Noth möglichst mit all den Mängeln und Schreibfehlern des Originals wieder, um der Schilderung nichts von der Ursprünglichkeit und charakteristischen Besonderheit zu rauben, die der Ausdrucksweise des schlichten Mannes aus dem Volke ihren eigenen Reiz und das Gepräge ehrlicher, wahrheitsliebender Ueberzeugungstreue aufzudrücken pflegt. Es heißt also dort:

Es handelt sich um die damalige Revolution 1844 in Peterswaldau und Langenbielau. Da letzteres meine Heimath früher war, und ich in diesem Jahre konfirmirt worden bin, habe ich dies alles selbst miterlebt als 14-jähriger Knabe. Meine Eltern hatten ein kleines Eigenthum in einer Kolonie, 1/4 Stunde von Langenbielau, wir waren da eingepfarrt, ich war auf dem Felde beschäftigt, und sehe auf einmal soviel Menschen nach Langenbielau zu strömen, ich werfe meine Kartoffelbaken hin und laufe mit, und als wir in's Dorf kamen, ging alles drunter und drüber, und bei mehreren Fabrikanten sah es ganz gefährlich aus. Da war keine Fensterscheibe ganz, sogar die Kreuze waren vielfach demolirt, und es hing an noch Fäden von Waaren und Garne, die durch die Fenster auf die Straße unter Publikum geworfen wurden und von diesem stets fortgeschleppt wurden. Die Rebellen waren von Peterswaldau und Umgegend nach Langenbielau gekommen, nachdem sie dort zuerst bei die Gebrüder Zwanziger, die dort das Größte Etablissement in Parchend und Ratunbransche besaßen, die Rebellengruppe angefangen. Nachdem dort das Zerstörungswerk beendet, und noch bei einigen anderen Fabrikanten kamen sie dann nach Langenbielau. Es hatte sich immer mehr Volk angeamelt, und bei Andriß und Hübert, für welches Geschäft auch wir auf 3 Stühle arbeiteten angesetzt. Als sie da fertig waren, gingen beim Fabrikant Ernst, welcher sich aber gütlich durch Geldgeschenke verglichen hatte, dann waren sie beim obersten Dierich gemacht, und hatten da furchtbar gehaßt, es waren zwei Gebrüder Dierich, der oberste und der niederste, welche die größten Fabriken besaßen, aber jeder für sich, der alte, weiß ich nicht, ob der noch lebte. Frau Dierichs Seifert war eine Schwester der Herren Dierich, der Pastor Seifert war unter dem Publikum und wolte beruhend wirken, hatte aber kein Glück gehabt. Beim obersten Dierich war es zu einem Kampf zwischen Bielauner und den Fremden gekommen, die Fremden mußten reißaus nehmen. Als da alles demolirt war, machten die Bielauner beim niedersten Dierich und hatten da Belohnung für Vertreibung der Fremden verlangt. Der Besitzer hatte sich aber verzogen, und dann waren sie wüthend geworden und das Zerstörungswerk ging von neuem los, und währenddem kam dann eine Abtheilung Militair, welche schon von Peterswaldau aus, von Schweidnitz erbeten war. Die nahmen

dann vor dem Dierichschen Palast aufstellung. Der Kommandant wolte in Güte das Volk zum Stillestand bewegen, es war aber nicht möglich, und so mußten denn die Bielauner das Bad ausgießen. Als das erste mal geschossen wurde, war ich gerade über auf der andern Seite über dem Fluß, welcher durch ganz Langenbielau fließt. Ich bekam Angst, und so schnell ich konnte floh ich mit anderen zusammen hinter das nächste Haus. Es waren ein ganz theil erschossen und verwundet, es wurde 3 mal geschossen längere Zeit, als es nachließ, soll die Munition alle geworden sein. Da Blut geflossen, war das Volk wüthend geworden, und alles stürmte auf das Militair ein, sogar Frauen warfen mit Steinen nach dem Militair, welches sich entfernen mußte. Das Volk hatte dann zu thun mit die Todten und Verwundeten, und der Aufstand hatte ein Ende. Ich lief dann immer auf zuhause zu, und erst am anderen Tage ging ich wieder, um den Zustand zu beschn. Es sah furchtbar aus bei die 3 Fabrikanten, besonders bei die Dierige, aber noch schrecklicher war es, wo die Verwundeten lagen. Der Kaufmann Hentschel hatte zwei große Zimmer hergegeben, die lagen voll, und nicht weit davon war das Gemeindegewandhaus, da lag auch alles voll. Es waren viele geto en worden, die gar keine Rebellen waren. Nicht weit davon, wo ich Zuflucht gesucht, war der einzige Sohn von einem kleineren Fabrikanten Polenski, der zu seiner Hausthüre herauskam, von einer Kugel durch den Kopf getroffen und war sofort todt, ebenso sieth ein Knecht des Nachbarn des Herrn Dierich über die Gartenmauer, da kommt eine Kugel und streckt ihn todt nieder. Das Militair muß in die runde geschossen haben, denn überall waren Leute getroffen, sogar durch die Fenster waren Kugeln in die Nachbarhäuser gedrungen. Hier lebt noch ein alter Zimmermann, welcher als Soldat mit dabei war. Den Tag darauf kam das Militair wieder, und hielten überall Hausdurchsuchungen, und es ging an die Verhaftungen, und viele sind verurtheilt worden, sogar welche mit Festung bis zu 7 Jahren. Die Zustände wurden auch dann nicht besser nach der Revolution. Die armen Weber waren ebenso gedrückt, als früher, und nachdem dann welche eingestekt waren, hat immer noch einer den anderen verrathen. Für diejenigen armen Weber, welche nur die leichteren Waaren machen konnten, kleine Wohnungen hatten, und nur auf 1 bis 2 Stühle arbeiten konnten, war es fast unmöglich sich den Hunger zu stillen. Wir hatten 3 Stühle gehn, und unser Eigenthum und mehrere Morgen Land, und es ging trotzdem nur armseelig. Auf einem Stuhl machten wir Futterparchend, den hab ich die erste Lehrzeit gemacht, und wir bekamen für 60 Ellen 1 Mt. 50 Arbeitslohn. Da mußte schon tüchtig von früh bis späth gearbeitet werden, wenn die Woche 2 Schoß à 60 Ellen fertig werden sollten. Dann wurde die Waare geliefert, und vom Buchhalter genau durchgeblättert, fanden sich Fehler vor, gab es tüchtig Auspunkte oder gar Abzüge, und beim liefern ging immer 1 Tag verloren. Dann mußte die neue Kette erst aufgebracht und an die alte Troddel wieder Fäden für Fäden angebracht werden. Dann war wieder ein Tag vorbei, dann mußte immer ein Spuler mit arbeiten für diesen Lohn. Wenn zwei Weber tüchtig arbeiten, so hat

ein Spuler vollauf zu thun, und die Spulen fertig zu machen. Wenn nun ein armer Weber, der nur auf ein oder zwei Stühle solche Arbeit machen muß, und davon noch Miethe und Heizung haben muß, wie sollen da die Leute auskommen und nicht stehlen. Dann kommt es oft vor beim liefern, daß das Komtor voll steht, und geht dann oft 1/2 Tag verloren, ehe einer abgefertigt wird, und dann auch noch Abzüge. Da muß man sich mal in solche Lage versetzen, ehe man die armen Weber verurtheilen will. Ich bin ja nicht lange bei der Arbeit geblieben, sondern habe bessere Arbeiten gelernt, wo ich dann mehr verdienen konnte. Später ging ich in die Fremde und bin dann nicht mehr in meine Heimath zurückgemacht."

Nachwort der Redaktion. Der Kenner des Hauptmannschen Dramas wird aus diesen Aufzeichnungen mit Staunen sehen, wie treu der Dichter in seiner Schilderung dem geschichtlichen Thatbestand gefolgt ist.

## Soziales und Partei-Leben.

Mehrfache Klage, schreibt der „Vorwärts“, wird darüber geführt, daß Genossen, sich auf einem vom Vertrauensmann ausgesetzten Ausweis stützend, auf der Reise die Genossen in der zudringlichsten Weise zu brandschlagen suchen.

Einem derartigen Unfug muß mit Entschiedenheit gesteuert werden. Genossen, die zum Bezug einer Unterstützung auf Grund ihrer Thätigkeit beziehungsweise Maßregelung berechtigt sind, kennen die Stelle, an die sie sich zu wenden haben und von wo sie auch Unterstützung erhalten.

Diejenigen, die den vorgesehnen Weg nicht einhalten, müssen als Schmarotzer am Parteikörper bezeichnet werden. Gewiß giebt es Fälle, in denen sofortige Hilfe doppelte Hilfe ist. Solche Fälle sind aber auch sehr leicht von denen zu unterscheiden, wo die betreffenden es auf eine planmäßige Ausbeutung der Gutmüthigkeit und Vertrauensseligkeit der Genossen abgesehen haben.

Um den geschilderten Unfug zu steuern, ist es nothwendig, daß die Vertrauensleute abreisenden Genossen nicht noch Freibriefe mit auf den Weg geben, die es den Genossen zur Pflicht machen, den Vorzeiger zu unterstützen. Wendungen, wie „die Genossen werden ersucht, dem Vorzeiger, einem tüchtigen bewährten Genossen, in seinem ferneren Fortkommen behilflich zu sein“, verpflichten gewissermaßen, wenn Arbeit nicht nachgewiesen werden kann, zur Unterstützung. Wird letzere dennoch verweigert, so ist eine höchst ungemüthliche Auseinandersetzung über Parteipflichten und Anstand zwischen den betreffenden die Folge.

An Orten, wo Partei-Organisationen vorhanden sind, genügt die Mitgliedskarte beziehungsweise Buch zum Ausweis der Parteizugehörigkeit. Besteht eine Organisation nicht, so sollte die Vertrauensperson da, wo sie Auskunft über die Parteizugehörigkeit geben muß, dem betreffenden nur bescheinigen, seine Parteipflichten erfüllt zu haben.

Jeder Zusatz ist unnütz und leistet nur Freibeutern Vorschub.

## Die Frau von dreißig Jahren.

H. de Balzac nachzählt.

(36. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Befandest Du Dich auf auf diesem Schiffe?“ fragte Helene ihren Vater.

„Ja,“ erwiderte er mit trauriger Miene, „während er sich auf den Divan niederließ und die Kinder betrachtete, welche um ihn geschaart, ihn mit einer naiven Aufmerksamkeit anschauten. „Ich wäre wahrscheinlich gestorben ohne . . .“

„Ohne meinen Mann,“ versetzte sie, ihn unterbrechend; „ich irrthe es.“

„Ach,“ rief der Marquis, „weshalb muß ich Dich so wiederfinden, meine Helene, Dich, die ich so sehr beweint habe! Ich werde also noch immer über Dein Schicksal seufzen müssen?“

„Weshalb?“ fragte sie lächelnd. „Wirst Du denn nicht zufrieden sein, von mir zu vernehmen, daß ich die glücklichste von allen Frauen bin?“

„Glücklich?“ rief er und sprang vor Erstaunen in die Höhe.

„Ja, mein guter Vater,“ entgegnete sie, während sie sich seiner Hände bemächtigte, sie küßte, an ihr pochendes Herz drückte und zu dieser Schmeichelei das schelmischste Gesicht machte, das ihre vor Freude funkelnden Augen noch reizender erscheinen ließen.

„Und in wie fern?“ fragte er, gespannt das Leben seiner Tochter kennen zu lernen und diesem strahlenden Gesichte gegenüber Alles vergessend.

„Höre, Vater,“ erwiderte sie, „ich habe zum Geliebten, zum Gemahl, zum Diener, zum Herrn einen Mann, dessen Seele so weit wie dieses endlose Meer ist, so fruchtbar an Milde wie der Himmel — kurz, ein Gott!

Seit sieben Jahren ist ihm nie ein Wort, ein Gefühl, eine Geberde entklimpft, die in der göttlichen Harmonie seiner Reden, seiner Liebkosungen und seiner Liebe einen Mißklang hätte hervorbringen können. Er hat mich stets mit einem freundlichen Lächeln auf den Lippen und mit einem Freudenstrahl in den Augen angeblickt. Dort oben beherrscht seine donnernde Stimme oft das Heulen des Sturmes oder das Getümmel der Kämpfe, aber hier ist sie sanft und melodisch wie die Musik Rossini's, dessen Werke in mir einen Widerhall finden. Alles, was die Laune einer Frau erfinden kann, erhalte ich. Meine Wünsche werden sogar bisweilen noch übertroffen. Kurz, ich herrsche auf dem Meere und mir wird gehorcht wie der größten Gebieterin.

„D glücklich!“ fuhr sie fort, sich selbst unterbrechend, glücklich ist nicht das Wort, welches mein Glück auszudrücken vermag. Ich habe Alles, was den Frauen zu Theil werden kann! Sage selbst: Liebe, eine unermeßliche Zuneigung zu Dem empfinden, den man liebt, und in seinem Herzen ein grenzenloses Gefühl antreffen, in dem sich die Seele einer Frau verliert — ist das nicht Glück? Ich habe schon tausend Dasein durchgemacht. Hier bin ich allein, hier herrsche ich. Nie hat ein Wesen meines Geschlechts den Fuß auf dieses edle Schiff gesetzt, wo Victor stets nur einige Schritte von mir ist. — Er kann nicht weiter von mir gehen, als von dem Hinterschiff nach dem Vorschiff,“ fügte sie mit einem feinen Ausdruck von Schelmerei hinzu. „Sieben Jahre! Eine Liebe, die sieben Jahre lang diese ewige Freude, diese Probe aller Augenblicke aushält, ist das nicht Liebe? Nein, o nein, es ist mehr als Alles, was ich vom Leben kenne . . . die menschliche Sprache reicht nicht aus, ein solch' himmlisches Glück auszudrücken!“

Ein Thränenstrom stürzte aus ihren flammenden Augen. Die vier Kinder stießen darauf ein Klagegeschrei aus und eilten wie junge Kucklein auf ihre Mutter zu und der

älteste Knabe schlug nach dem Marquis, während er ihn drohend anblickte.

„Abel,“ sagte sie, „mein guter Engel, ich weine vor Freude.“

Sie nahm ihn auf ihren Schooß, das Kind liebte sie innig und legte seine Arme um Helene's majestätischen Hals wie ein junger Löwe, der mit seiner Mutter spielen will.

„Langweilst Du Dich denn nicht?“ fragte der Marquis wie betäubt von der aufgeregten Antwort seiner Tochter.

„Ja,“ antwortete sie, „wenn wir uns auf das Land begeben; und auch dort verlasse ich meinen Mann um keinen Preis.“

„Aber Du liebst ja doch die Feste, die Bälle, die Musik?“

„Die Musik ist keine Stimme; meine Feste bildet der Schmuck, den ich für ihn anlege. Ist es nicht, wenn eine Toilette ihm gefällt, als ob die Erde mich bewunderte? Nur deshalb werfe ich diese Diamanten, diese Halsbänder, diese Diademe, diese Reichthümer, diese Blumen, diese Meisterwerke der Kunst nicht in das Meer, mit denen er mich verschwenderisch beschenkt, indem er zu mir sagt: „Helene, da Du nicht in die Welt gehst, will ich, daß die Welt zu Dir kommt.““

„Aber an diesem Bord giebt es Männer, kühne, schreckliche Männer, deren Leidenschaften . . .“

„Ich verstehe, mein Vater,“ sagte sie lächelnd. „Beruhige Dich. Nie ist einer Kaiserin mit größerer Rücksicht begegnet worden, als man gegen mich verschwendet. Diese Männer sind abergläubisch; sie glauben, daß ich der Schutzgeist dieses Schiffes, ihrer Unternehmungen und ihrer Erfolge bin. Aber er ist ihr Gott! Ein einziges Mal ließ es eines Tages ein Matrose an Achtung gegen mich fehlen . . . in Worten,“ fügte sie lachend hinzu. „Bevor ihm noch Viktor hatte Lebensart beibringen

Bei den Gewerbegerichtswahlen Düsseldorf haben diesmal zwar die Schwarzen gesiegt, aber trotzdem haben unsere dortigen Parteigenossen keine Ursache, den Kopf hängen zu lassen, denn die Zahl unserer Stimmen hat sich, wie uns geschrieben wird, gegen früher verdoppelt. Fleißige und zweckmäßige Agitation wird ermöglichen, daß bei der nächsten Wahl die Scharte ausgeweht wird. Daß diese Hoffnung berechtigt ist, ergibt sich aus der That- sache, daß in dem zum größten Theil katholischen Düsseldorf das Centrum immerhin nur 2350 Stimmen, wir dagegen die statische Minderheit von 1800 Stimmen be- kamen, während die Hirsch-Dunderschen Quertreiber durch die Stimmenzahl von 250 wieder den augenfälligen Be- weis geliefert erhielten, wie bedeutungslos die Rolle ist, die sie in der Arbeiterbewegung spielen. In den übrigen Bezirken war das Resultat ähnlich, bis auf Gerresheim, wo unser Kandidat, Metallarbeiter Peter Lechner, ge- wählt wurde und die gegnerischen Kandidaten durchfielen. In Stettin ist der Streik der Schlosser und Dreher in der Nähmaschinen- und Fahrradfabrik von Stöwer be- endet. Die Arbeiter haben ihre Forderungen bewilligt bekommen.

Ein Droschkentaktstreik ist in Straßburg i. E. ausgebrochen in Folge des Erlasses einer neuen Polizei- verordnung, die zahlreiche lästige Bestimmungen enthält. Anlaß dazu gab die kürzlich erlassene bureaukratische Verordnung des Polizeipräsidenten. Die Mißstimmung über die Verordnung ist, so schreibt die „Frankf. Btg.“, auch im Publikum sehr lebhaft, so daß der Streik auf die Sympathien der Einwohnerschaft rechnen darf. Be- sonders angefochten wird § 5 der Verordnung, der fol- gendes bestimmt:

„Die Benutzung haltender Droschken hat der Reihen- folge nach zu geschehen, so daß die in erster Stelle haltende Droschke zum Fahren zu benutzen ist. Es ist daher unstatthaft, daß ein Droschkentaktstreik, welcher nicht als erster hält, vom Halteplatz aus Fahren aus- führt, so lange der vor ihm haltende Droschkentaktstreik nicht in Anspruch genommen ist, und ferner unstatthaft, daß ein Fahrgast sich aus der Droschkenreihe nach Wahl eine Droschke herausholt.“

Die Speisung bedürftiger Schulkinder in Dresden soll am 20. Januar beginnen. Dem Vorstand des Vere- ins, der sich zu diesem Zweck gebildet hat, sollen bereits 13000 Mk. zur Verfügung bzw. in Aussicht stehen. Zunächst sollen 300 Kinder gespeist werden. Den be- treffenden Wirthen sollen für das Mittagessen, bestehend in einem Teller voll Bouillonsuppe oder Gemüse mit zer- kleinertem Fleisch pro Kind 20 Pf. bewilligt und circa 60 Damen der Stadt sollen darum angegangen werden, als „Ehrendamen“ die Speisungen zu beaufsichtigen. Der kreisende Berg der Jubiläumstiftung hat, wie man sieht, in der That nur ein winziges Mäuslein geboren. Von 1700 bis 1800 bedürftigen Kindern, die die Stadt nicht zu speisen vermag, kann der Verein nur 300 Kindern die geplante Wohlthat angeheihen lassen und so wird wieder ein neues Wächlein der Wohlthätigkeit aus dem fetten Lande der Reichen in das dürre Land, da die armen Kindlein wohnen, fließen. Und man glaubt wieder Wunder was gethan zu haben.

Speisung armer Schulkinder findet, wie dem „Vor- wärts“ mitgeteilt wird, auch in dem dänischen Städtchen Aarhus statt. Es werden daselbst in einer Schule 507 Knaben und Mädchen dreimal wöchentlich, in einer anderen 229 Kinder, in einer dritten 287 Kinder gespeist, im ganzen 561 Knaben und 462 Mädchen, also 1023 Kinder und wöchentlich im Ganzen 3450 Portionen Mittagessen ausgegeben. Jede Portion kostet dem

Können, stürzten ihn die Leute der Bemannung trotz der Verzeihung, die ich ihm bewilligte, ins Meer. Sie lieben mich wie ihren guten Engel; ich pflege sie in ihren Krank- heiten und habe das Glück gehabt, einige von ihnen da- durch vom Tode zu retten, daß ich mit der beharrlichen Ausdauer einer Frau über sie wachte. Diese armen Leute sind zugleich Riesen und Kinder.“

„Und wenn es nun Kämpfe giebt?“  
„Ich bin an sie gewöhnt,“ versetzte sie. „Nur während des ersten habe ich gezittert. . . Jetzt ist mein Herz für diese Gefahr gestählt. . . und ich bin Deine Tochter,“ fügte sie hinzu, „ich liebe sie sogar.“

„Und wenn er zu Grunde ginge?“  
„So würde ich mit zu Grunde gehen.“

„Und Deine Kinder?“  
„Es sind Söhne des Meeres und der Gefahr, sie theilen das Leben ihrer Eltern. Unser Dasein ist eines und theilt sich nicht. Wir leben alle dasselbe Leben, sind alle auf derselben Seite eingeschrieben, werden alle von demselben Schiffe getragen, wir wissen es.“

„Du liebst ihn also bis zu dem Grade, daß Du ihn allem vorziehst?“

„Allein!“ wiederholte sie. „Aber wir ergründen dieses Geheimniß nicht. Sieh' dieses liebe Kind, auch in ihm ist er!“

Darauf preßte sie Abel mit ungewöhnlicher Gluth an sich und gab ihm leidenschaftliche Küsse auf Wangen und Haare.

„Aber ich werde nie vergessen können,“ rief der Mar- quis, „daß er sieben neun Personen hat in das Meer werfen lassen.“

„Er mußte es wahrscheinlich thun,“ entgegnete sie, „denn er ist menschlich und edelmüthig. Für die Er- haltung und die Interessen der kleinen Welt, die er be- schützt, und der heiligen Sache, die er vertheidigt, ver- gießt er so wenig Blut wie möglich. Rede mit ihm über

Komitee 15 Vere, was also einem wöchentlichen Auf- wand von 517 Kronen 50 Vere oder für die 10 Wochen, auf die die Speisung mindestens berechnet ist, von 5175 Kronen entspricht.

## Aus Nah und Fern.

Der seltene Fall, daß ein Ehemann, der sich bereits seit längerer Zeit zum zweiten Male verheirathet hat, erst jetzt seine erste Frau bestatten läßt, ist in dem Orte Borsum an der Ems vorgekommen. Die Ehefrau des Landwirths Kassen stürzte vor drei Jahren in die Ems und konnte trotz eifrigen Nachforschens nicht geborgen worden. Auch das Ausschlagen einer Geldprämie hatte keinen Erfolg. Inzwischen hat sich K. wieder verheirathet. Nunmehr saß man in der Ems unweit des Kreisortes Achendorf eine fast zum Skelett verweste Leiche, in der nach dem noch vorhandenen goldenen Trauring und den Kleidern die Identität der vor drei Jahren verunglückten Frau K. festgestellt worden ist.

Verhaftete Mädchenhändler. Trotz der wiederholten eindringlichen Warnungen, die gegen die Mädchenhändler, die ihre Opfer zumeist nach Brasilien bringen, erlassen werden, kann dieser schmachvolle Industrie nicht ausgiebig geteuert werden. Der häßliche Handel, der die mora- lische und physische Vernichtung zahlreicher unerfahrener Mädchen bedeutet, blüht unter allerlei Deckmänteln fort, und nur hier und da gelingt es, einem oder dem anderen dieser Vampyre das System zu verderben. Im nach- stehend wiedergegebenen Fall hat die Wiener Polizei durch ihr Eingreifen sechs Mädchen, durchweg Russen, die über Genua nach Buenos Ayres „spedit“ werden sollten, vor dem sicheren Verderben bewahrt. Vor zehn Tagen traf eine Frau, die mit einem falschen Paß, auf den Namen Ektha Masche lautend, in Begleitung von vier jungen Mädchen reiste, aus Warschau in Wien ein. Die Frau quartierte sich und ihre Begleiterinnen in einer Familien- pension im zweiten Bezirk in der Oberen Donaufstraße zu Wien ein. Die Mädchen, die früher in verschiedenen Stellen in Warschau bedienstet waren, wurden durch glänzende Versprechungen, sie würden im Auslande weit bessere Stellen erreichen, aus ihrer Heimath weggelockt. In ihrer Unerfahrenheit — die Mädchen stehen in einem Alter von 17—21 Jahren — vertrauten sie den Worten der Masche und waren ihr gefolgt. In Wien hatte die Seelenverkäuferin nur deshalb Station gemacht, um weitere Dispositionen ihres unsauberen Geschäftsfreundes aus Genua abzuwarten. Die Frau bewachte die vier Mädchen auf das ängstlichste, und um ja sicher zu sein, daß sie ihr nicht entwichen, nahm sie ihnen noch vor ihrer Abfahrt von Warschau alle Ersparnisse ab. Ein merkwürdiger Zufall fügte es, daß die Polizei von dem Wiener Aufenthalt dieser „Exportwaare“ Kenntniß erhielt. Ein Geschäftsfreund der Masche, der gleichfalls mit zwei Mädchen aus Rußland via Genua durch Wien wollte und dort vorübergehenden Aufenthalt genommen hatte, gerieth in so arge Geldverlegenheiten, daß er weder sich noch seine Begleiterinnen verpflegen konnte. Er mußte trachten, das Geschäft zu „starnieren“, das heißt, er bot die Mädchen, die diese Waare bildeten, der Masche, die über bedeutende Geldmittel verfügte, zum Kaufe an. Die Frau aber lehnte die Offerte mit der Begründung ab, daß sie genügende „Waare“ besitze. Nun ging dieser Mädchenhändler, der sich Maisches nennt, zur Polizei und denunzierte seine Konkurrentin. Die Polizei verhaftete nun nicht nur die Mädchenhändlerin selbst, sowie den Anzeiger, sondern auch noch zwei „Anhängel“, die an dem ei- träglichen Geschäft mitbetheiligt waren. Die auf solche Weise freigewordenen Mädchen mußten, da sie völlig

das, was Dir schlecht erscheint, und Du wirst sehen, daß Du Deine Ansicht ändern wirst.“

„Und sein Verbrechen!“ sagte der Marquis, als wenn er zu sich selbst spräche.

„Aber,“ wandte sie mit kühler Würde ein, „wenn es nun eine Tugend wäre? Wenn die Gerechtigkeit der Menschen nicht im Stande war, ihn zu rächen?“

„Sich selbst rächen!“ rief der Marquis.

„Und was anders ist die Hölle,“ fragte sie, „als die Rache, die ewige Rache für geringe Fehler eines Tages?“

„Du bist verloren. Er hat Dich bezaubert und ver- striekt. Du redest irre.“

„Bleibe nur einen Tag hier, und wenn Du ihn nur ansiehst und anhörst, so wirst Du ihn lieben.“

„Helene,“ versetzte der Marquis ernst, „wir befinden uns einige Meilen von Frankreich.“

Sie erbehte, blickte zu dem Kajütenfenster hinaus und zeigte auf die unermeßliche grüne Wasserfläche des vorüber- rauschenden Meeres.

„Das ist meine Heimath,“ antwortete sie und stieß mit der Fußspitze auf den Teppich.

„Aber wirst Du nicht kommen, um Deine Mutter, Deine Schwester und Deine Brüder zu sehen?“

„D ja,“ sagte sie mit Thränen in der Stimme, „wenn er es will, und wenn er mich begleiten kann.“

„So hast Du also gar nichts mehr, Helene,“ sagte der alte Soldat streng, „weder Heimath, noch Familie?“

„Ich bin keine Frau,“ entgegnete sie mit stolzer Miene und einem Tone voller Abel.

„Seit sieben Jahren kommt mir das erste Glück nicht von ihm zu,“ fügte sie hinzu, die Hand ihres Vaters er- greifend und sie küßend, „und höre ich auch den ersten Vorwurf.“

„Und Dein Gewissen?“

„Mein Gewissen! Er allein ist es.“ In diesem Augen- blicke begann sie heftig zu zittern. (Fortsetzung folgt.)

substanzlos sind, in polizeiliche Obhut genommen werden. Vier von ihnen gingen mittelst gebundener Marschroute, wieder nach Rußland zurück. Eine der Russinnen hatte noch vor der Intervention der Polizei die Flucht aus Wien ergriffen, und die sechs der Entführten die sieben- zehnjährige Rosa B., die Tochter eines Kaufmannes, die Einzige, die noch einiges Geld bei sich hatte, wurde auf ihr flehendes Bitten, man möge sie nicht auf dem Schub wegschicken, vom Leopoldstädter Polizeikommissariat einer Familie in Pflege gegeben, damit sie sich mittlerweile mit ihren Eltern, die ihren Aufenthalt nicht kennen, in Verbindung setzen könne. Frau Masche erhielt als Preis für vier Mädchen den Betrag von 210 Pfund Sterling (4200 Mk.) vorausbezahlt. Ein Telegramm, das von der Masche nach Genua gerichtet wurde und welches für die Geschäftsgebarung der Frau bezeichnend ist, lautet: „Sende sechs Stück hochfeine Waare.“

## Quittung.

In den Monaten November und Dezember v. J. sind theils bei dem Unterzeichneten, theils bei dem Genossen Koenen in Hamburg folgende Parteibeiträge eingegangen: a) Im Monat November:

Altona 1000.— Mk. April 10.—. Achim, von den Nothen 55.—. Auerbach i. B. 15.—. Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 2. Kr. 400.— (darunter durch P. D. B.—. Ueberich v. „Jakob“ 8,40). 6. Kr. (Wedding) 1050.— (darunter Mundgang Stolpe 1.—). Berlin, div. Beitr.: P. E. 50.—. N. B. 50.—. Dr. L. N. 20.—. Bierprocente der rothen Schlosser von Martinidenfelde 9.—. gef. von Ziehbewerben, Bülowstraße 4.—. gef. beim Geburtstag i. d. Sandl. 1.—. Bürger Mill 50.—. rothe Buchbinder Grün- straße 5.—. sächsischer Genosse in Moabit 40.—. Burgsteinfurt, B. 13,20. Birkenwerder, rothe Geburtstagsfeier 2,50. Cottbus, S. 10.—. Döbeln 40.— (darunter mehrere Genossen 10.—). Elßaß, Chemnitz 5.—. Erlangen, bartlose M. 2,40. Greiß, Ge- nossen v. G. und Umgebung aus Freude über den 47. 100.—. Gränig in Sachsen, rothe Kindtaufe 1,15. Gröblich, aus dem Wahl- kreise 50.—. Goslar, von den Tabakarbeitern 4.—. Hirschberg i. Schl. 11.—. Hamburg, Neben Weddistr. Tunnelstr. 20.—. Hamburg, 2. Wahlkreis 1000.—. Hamburg, rothe Wube hofen- markt 20.—. Halle a. S., rothe S. 5.—. Jaström, Ueberich einer Volksversammlung 4.—. Kalk 110.— (darunter v. Pöller Genossinnen und Genossen 10.—). Lüdenscheid, durch den Ver- trauensmann 30.—. Landskrona (Schweben) von Steinwegen und Bülhauern 11,70. Mülau, gesammelt von mehreren jungen Leuten am 2. November 1,20. Neuburg a. W. 150.—. Neuenhof bei Nowawes, P. H. 1.—. Ren-Muppin, rother Geburtstag 1,20. Osabrück 20.—. Ottersen, durch H. 1000.—. Plauen i. B. Sammtlich „Deutscher Hof“ 25.—. Pforzheim 10.—. Rawitsch 20.— (darunter amerik. Auktion 6,10). Rottentail, Genossen zur Kirmeh 3,50. Reudsburg, rother Geburtstag bei Horn 3,30. Reiterstieg, Kneib-Ab. bei Horn 3.—. Rousdorf, durch den Ver- trauensmann 40.—. Schleibitz, von Genossen 50.—. Teltow Kreis 100.— (darunter v. Steinberg 30.—). Unna, gef. von Ge- nossen in Unna u. Bismarck 30.—. Wöhrlin, rothe Kindtaufe 3.—. Waldenburg i. Schl. 150.—. Wunfidel, Ungenannt 3.—. Zwickau, Ueberich der Landtagswahl 100.—.

b) Im Monat Dezember.

Altona, Brüderlichkeit 10.—. Aachen, durch den Vertrauens- mann 100.—. Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 2. Kr. 800.— (darunter Ueberich vom „Jakob“ 8,40, Schl. Sid 10.—. Rottbus 2.—. Julie Ritterstr. 91 15.—. Former 4,50. Bierprocente 41.—). 4. Kr. Troy Köllerei und alledem 3013,64 (darunter ein Maßbild 3.—. Kranzüberich v. Granert, Stralau 10,65). 6. Kr. 1000.— (darunter: Moabit, trotz alledem 1 R. 10.—. S. Kl. 6,10. Strom- straße 5 1,50. Wedding, Nettelbeckplatz 2, gesammelt bei einer Hochzeit 8,10. Potpourri 477 6,70). Berlin: diverse Beiträge: Dr. L. N. 20.—. S. E. 50.—. Durch Braum 100.—. Bronze- waarenfabrik Halberstraße 15.—. Buchbinderei von Wading 10.—. U. R. 20.—. Durch S. G., Gollnowstr. 18,85. Schneiber- werksstatt Glübers 10,05. Arbeiter von Schuster und Bar 22,45. Rothe Buchbinder, Grünstraße 5.—. Zinnober 20.—. D. B. 50.—. Pantower Geburtstagsfeier 1,50. Metallarbeiter-Sand- partische nach Stolpe 1.—. Bierkonumenten der Kontobücherfabrik v. J. 10.—. E. S. 2.—. Ueberich einer Kneiperei 13,11, 10,50. H. Bredered 10.—. Sechß rothe Puger 2.—. Rothe Maler, Landarbeit Koblenz, Riga 10.—. U. S. 1.—. Kommiss B. E. 2,50. G. U. B. 3.—. Von 3 rothen Weistern der Damenmantel- branche-Zinnung 3.—. Rothe Nordmacherhochzeit 2,25. „Nord“ 25.—. Schief 3.—. Neuer Anhänger 3.—. J. G., zur Auf- lösung 6.—. Vom Teufel — 50. Messinglinien-Abtheilung von Wöllner 3,95. K. El. Holzmußel 4,10. H. Krüger 2.—. Von mehreren „Schmierfinken“ gesammelt auf der Hochzeit von E. 3,20. Geburtstags Nitterstraße 20 2,85. Werkstat W. 73 3.—. Verlo- bungsfeier 1,15. Pianofabrik R. J. H. 5.—. Rothe Kindtaufe, Brandenburgstr. 1,50. Amerikanische Auktion bei Seidel, Gerichts- straße 1,65. Freude trotz alledem 10.—. Johann Paß 2.—. Mäßigkeitsstrinker Berlin W. 2.—. Liebesfr., amerikanische Auktion bei der Weihnachtsbescherung 10,40. Eine R. Mißvergünger 3.—. Vochum, durch den Vertrauensmann 50.—. Breslau, ein armer Teufel 5.—. Breslau 500.—. Blankenhain, mehrere Rothe 3.—. Busch, von Genossen 6,50. Bergedorf, W. R. 30.—. Barnum 100.—. Bischofswerda, rothe Hochzeit, 2,30. Cottbus, S. 10.—. Dresden, rothe Kindtaufe, Schützenhaus 3.—. Eupen, von einer H. „Schmierfinken“ 8.—. Eutin, C. B. 14,40. Essen, rothe Hochzeit Nr. 275 4,15. Falkenberg (Oberhessen) 2.—. Freiburg i. B., Unfer die Welt trotz alledem 10.—. Finsterwalde, D. L., rothe Hochzeit 4,30. Falkenstein i. B. 5,85. Goldberg i. Schl., durch den Vertrauensmann W. H. 20.—. Gera 100.—. Hannover 1000.—. Hamburg, von den Zigarren-Arbeitern der Tabakarbeiter- Genossenschaft 50.—. Hamburg, Unbekannt 40.—. Hamburg, Simon's Schuhfabrik 10.—. Hamburg, Botterie zum H. Wasser- thurm 4,65. Hamburg-Barmbeck, Weihnachtsen 1899 5,50. Hamburg, ein oder ehlicher Seemann 10.—. Hamburg, 3. Wahlkreis 1000.—. Hamburg, Zigarrenfabrik Pike 46.—. Hamburg, Weihnachtsfreude 9,30. Hamburg, Maurer Bau Hofelust-Chaussee 4,90. Abnig- berg, K. M. 10.—. Konradsthal i. Schl. 2,50. Lausitz, durch R. D. 5.—. Limbach i. B. 3.—. Lüzemburg, L. 200. München, Waldläufer 5.—. Mannheim, von Genossen 50.—. Muslau, von Genossen 15.—. Mülau, von mehreren Genossen 13,50 (darunter amerik. Aukt. 3,50). Neubam 4.—. Neßlau, fr. gr. Bauer 1,20. Nuzhausen 30.—. Ottenhof-Ortilla, Köller a. D. 3,50. Offen- burg i. B., durch den Vertrauensmann 10.— (dar. v. Metallarb. 7,52). Perlberg, am Weihnachtsfest gef. v. Frau P. 3,24. Wig- hausen-Höhscheid, durch den Vertrauensmann 50.—. Reichenbach i. B., alte Garde 50.—. Rousdorf, durch R. 20.—. Spa 1,60. Solingen, durch W. M. 13,20. Steglitz, Zn 30.—. Schwedt a. D., von Genossen durch R. 50.—. Solingen, ruhig Blut 1.—. Saargemünd 1,30. Spandau, Hochzeit Nr. 335 3.—. Solingen, Schleiferei Linnenichloß 13,50. Solingen, durch R. W. v. b. altrn Garde 12,50. Tiefenfurt 6,90. Treptow a. R. 2,50. Walheim, gesammelt im Bergschloßchen 5,50. Weiskensfeld, durch R. 50.—. Zürich, von zwei Studierenden Genossinnen 2.—.

Hamburg-Eimsbüttel, 9. Januar 1896.

Für den geschäftsführenden Aufsicht:

A. Gerich, Eichenstr. 4, I.